

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Top-Ticket - Online-Erwerb

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA. stellt namens von ÖVP, KPÖ, SPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! In dem dringlichen Antrag zum Erwerb des Top-Jugendtickets auch online geht es um zwei Punkte, die geprüft werden sollen und zwar inwieweit das möglich ist, das Top-Jugendticket, so wie wir das jetzt auch bei der Jahreskarte hatten, dass man das online erwerben kann, sprich, dass man mit dem Ausdruck, den man bekommt in der Schule, nicht nur direkt hingehen muss, sondern das auch online erwerben kann auf der einen Seite und auf der anderen Seite geht es darum, dass man dieses Online-Ticket, dass man dann auch bekommt, mit einem QR-Code dann bei einer etwaigen Kontrolle vorweisen kann. Stichwort Fliegen, dort ist das schon längst möglich, dass man einfach nur mehr ein elektronisches Ticket bekommt und den QR-Code beim Einchecken vorweist.

Aus diesem Grund darf ich namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion folgenden

dringlichen Antrag

stellen: Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, mit der Holding Graz und der Steirischen Verkehrsverbundgesellschaft in Kontakt zu treten mit dem Ziel, die involvierten Partner mögen bis Ende Februar 2016 prüfen, in welcher Zeit und mit welchem finanziellen Aufwand eine Onlineabwicklung der Schüler- und

Lehrlingsfreifahrt und somit auch der Onlinebezug des Top-Tickets möglich sind
(*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner** zum Antrag: Liebe Barbara Kaufmann, super Antrag ist ganz, ganz wichtig.

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Kaufmann unverständlich.

GR. **Dreisiebner**: Entschuldige, das nächste Mal bessere ich es aus. Auf jeden Fall unsere Stimmen für den Dringlichen von dir Martina, nicht Barbara. Ich möchte nur die Gelegenheit nutzen, diesen wichtigen und sinnvollen Antrag dazu als Anlass zu nehmen, ein anderes Thema wieder aufzugreifen. Das ist das leidige Thema, dass Studierende zum einen weder Anspruch auf das Top-Ticket haben im Vergleich zu SchülerInnen und Lehrlingen und das andere, dass es im Unterschied zu den Kosten, die in Graz für Hauptwohnsitzstudierende vorgesehen sind, in Wien etwa um etwa 60 % geringere Studienkarten zu erwerben gibt. Und in diesem Sinne hätte ich gerne einen Zusatzantrag gestellt, der Folgendes beinhaltet: Um in die Nähe dessen zu kommen, was eine Jahreskarte beziehungsweise die Nutzung ein Jahr lang für die öffentlichen Verkehrsmittel in Wien kostet und was es in Graz kostet, und das ist ein sehr gravierender Unterschied, dass wir eine Prüfung durchführen und dazu stelle ich den Antrag: Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird beauftragt, die Möglichkeit einer erweiterten nachherigen Zuzahlung zu den zwei letzten Semestertickets für Studierende zu prüfen, die sich am Preisniveau für Semestertickets in Wien orientiert.

Diese erweiterte Refundierung von ÖV-Kosten im Nachhinein soll, vergleichbar mit den Bedingungen für die derzeit vorhandenen Mobilitätscheck-Voraussetzungen, abgewickelt werden. Diese sind eine Altersgrenze von 27 Jahren, Inskriptionsbestätigungen für die beiden letzten Semester, Nachweise über je acht Wochenstunden pro Semester beziehungsweise 16 ECTS-Punkte über die vergangenen zwei letzten Semester sowie zusätzliche Erklärungen der/des Studierenden, dass das Gesamt-Jahreserwerbseinkommen im betreffenden vergangenen Studienjahr eine bestimmte Jahres-Erwerbseinkommensgrenze nicht überschritten hat. Eine mögliche Einkommensgrenze, mag ich hier vorschlagen, wäre die monatliche Geringfügigkeitsgrenze, gerechnet mal 14. Stadtrat Mario Eustacchio wird ersucht, bis Februar 2016 die Ergebnisse zum Zusatzantrag gemeinsam mit der Vorstellung der Prüfergebnisse zum Hauptantrag dem Gemeinderat in Berichtsform vorzulegen.

Es geht hier wirklich um einige Euro im Jahr, die, wie gesagt, Studierende in der zweitgrößten Studienstadt Österreichs mehr zahlen müssen als in Wien bezahlt werden. Wir wissen alle, dass beide Netze sehr gut sind, unseres muss noch ein bisschen besser werden, damit es so gut wie Wien ist, aber wir sind am guten Weg und hoffe auf Annahme für diese Prüfung. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Antragsteller! Ja, zum Antrag selbst kann man nur sagen, in der Sache, geht es natürlich in Ordnung. Tickets online zu erwerben ist, glaube ich, in Tagen wie diesen, sollte selbstverständlich sein, ist ein guter Ansatz. Der Adressat ist leider der falsche, muss man sagen, man hätte die Kollegin Kaufmann hätte man von den eigenen Kollegen darauf hinweisen können, ich habe es mir extra ausgedruckt, Gremien der Lenkungsausschuss des Verkehrsverbundes Steiermark, Vertreter der Stadt Graz ist der Herr Dr. Karl Kamper als stellvertretender Vorsitzender, würde also im Bereich Stadtrat Rüschi natürlich landen, das heißt, wir werden dem Antrag der Kollegin Kaufmann zustimmen, Adressat

ist der falsche, ebenso zum Kollegen Dreisiebner ist ein finanzieller Antrag, den wir natürlich nicht, also in dem Sinn nicht unterstützen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc, BA: Ja, zuständig sind wahrscheinlich viele und vor allem, es ist ja auch nicht nur eine Frage von uns selber, sondern wir sind da auch darauf angewiesen, wie der Verkehrsverbund tut das auf der einen Seite. Zum Zusatzantrag, wir haben das ein bisschen diskutiert, wen das noch genau betrifft, weil der Ansatz war ja eigentlich mit der Jahreskarte um 228 Euro möglichst viele auch damit zu erreichen, dass sie ein ganzes Jahr fahren können. Dass natürlich auch Studierende mit dem Top-Ticket fahren können, da habe nicht ich zuletzt einen Antrag gestellt schon in der Vergangenheit, da sind wir uns natürlich einig. Inwieweit das jetzt sinnvoll ist, dass über den Mobilitätsscheck im Nachhinein dazugezahlt wird, dazu müsste man Zahlen kennen. Wie viele das jetzt auch wirklich betroffen hat, wie viele das waren, wie viele haben jetzt eigentlich auch noch überhaupt ein Semester-Ticket oder ein Vier-Monate-/Drei-Monate-Ticket überhaupt noch erworben, obwohl es eigentlich eh das Jahresticket gibt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass man das durchaus sich anschauen und prüfen können sollte und werden wir auch dem Zusatzantrag zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

2) Winterverkleidung der Denkmäler im Stadtpark

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, geschätzte Kollegen aus dem Gemeinderat, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Stadträtin Rucker, liebe Lisa! Wir haben ein Juwel in unserer Innenstadt, ein grünes Juwel, nämlich den Stadtpark, die grüne Lunge unserer Stadt, die geschmückt ist mit Statuen und Denkmälern von lokalen Größen, von international bekannten Persönlichkeiten, von Allegorien und wir haben natürlich auch den sehr schönen Stadtparkbrunnen, der im Jahr 1904 auf der Weltausstellung in Paris für die Stadt gekauft wurde. Jetzt kommt der Herbst beziehungsweise er ist schon da und es wird der Winter kommen und es werden die Statuen und Denkmäler und der Stadtparkbrunnen wieder eingepackt, eingewintert und das ist durchaus gut so, weil Kälte und Feuchtigkeit würden drannagen und die früher oder später auch zerstören. Aber diese Holzkästen, die dafür verwendet werden, sind nicht sehr attraktiv und vor allem der Winter ist bei uns oder das Winterhalbjahr ist, wie es eben heißt, fast ein halbes Jahr und ein halbes Jahr sind die Statuen unter Verschluss. Es wäre ein schönes Zeichen, wenn dieses Winterkleid unserer Denkmäler im Stadtpark mit einer ihrem Ebenbild bedruckten Folie verkleidet werden könnten, damit Peter Rosegger, Hans Koren, Wolfgang Amadeus Mozart, Johannes Kepler, die Styria, die Austria und der Stadtparkbrunnen auch im Winterhalbjahr sichtbar und zu erkennen sind. Wäre wahrscheinlich auch für den Tourismus ein Akzent.

Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs als Kultursprecherin dieser Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen des Hauses Graz mögen im Sinne unserer kulturbewussten Stadt die Anbringung derartiger Fotofolien an den

Winterverkleidungen der Stadtparkdenkmäler prüfen und dem zuständigen Ausschuss darüber berichten (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker** zur Dringlichkeit: Liebe Frau Gemeinderätin, sehr geehrte Kollegin im Gemeinderat, liebe Stadtregierungsmitglieder, werte ZuhörerInnen! Danke für diesen Antrag. Auch wenn wir der Dringlichkeit nicht zustimmen können, weil wir jetzt nicht so schnell für diesen Winter eine Lösung zustande bringen, bin ich trotzdem froh über diesen Antrag, weil ich im Zuge der Vorbereitung auf deinen Antrag festgestellt habe, dass dieses Thema der Verkleidungen unserer Denkmäler eine sehr lange Geschichte hat und tatsächlich dringend in dem Sinn für das nächste Jahr, weil wir werden das wirklich weiter angehen. Schon seit mehreren Jahren hat es Anläufe gegeben, neue Verkleidungen zustande zu bringen, wir sind mit unterschiedlichen Personen oder Behörden dann nicht zusammengekommen über die Genehmigungen. Es ist jetzt aber so, dass wir zum Beispiel vom Naturschutzbeauftragten diesmal grünes Licht haben, da einen neuen Weg zu gehen. Ist für mich auch sehr interessant, dass die Kästen teilweise historischen Wert haben, teilweise so alt sind wie die Denkmäler, könnte man fast sagen, sie stammen zum Beispiel aus den 60er-Jahren des vorigen Jahrhunderts, habe ich herausgefunden. Also es ist so, dass wir gerne diesen dringlichen Antrag zwar nicht als dringlich erkennen, weil sonst würden wir jetzt eine schnelle Lösung, das geht sich erstens finanziell nicht aus, außerdem ist es schade, wenn wir jetzt schnell was machen, sondern das zum Anlass nehmen, für den nächsten Winter rechtzeitig was Gutes, Kreatives und auch was Nachhaltiges vorzubereiten. Ich möchte dazu aber sagen, dass es natürlich alleine das Kulturamt nicht bewältigen wird, es ist aber immerhin auch ein Standort als Tourismusfrage beziehungsweise werden wir da einfach schauen, dass wir eine Kooperation innerhalb des Hauses finden, um das finanziell auch zu bewältigen, weil ich im Bereich meiner außerordentlichen Mittel sehr eingeschränkte Möglichkeiten habe. Aber wie gesagt, auch... und noch ein wichtiger

Punkt, der Masterplan Stadtpark ist ja auch noch nicht so weit fortgeschritten und wir würden das gerne auch da noch einmal einklinken, dass das zusammenpasst von den Maßnahmen. Aber gerne aufgreifend nehmen wir das für das nächste Jahr in unsere Denkmalpflege als Möglichkeit, da einen neuen Weg zu gehen gerne an. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Bezüglich des Zeitenlaufs muss ich mir selber ein bisschen den schwarzen Peter zuspielen. Ich hätte die Idee eindeutig ein halbes Jahr früher haben sollen, dann hätte es heuer vielleicht auch noch funktioniert. Zum Zweiten kann man ja, wenn man das wirklich langfristig angeht und gescheit angeht, könnte man ja überlegen, vielleicht sind die Fotofolien doch nicht so eine gute Idee, machen wir ein Kunstprojekt draus, wo zeitgenössische Künstler sich austoben können. Danke.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Novellierung des Schadensersatzrechts und der Qualitätskontrolle bei GerichtsgutachterInnen im Interesse von Unfallopfern

GR. Mag. **Krotzer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Titel meines Dringlichkeitsantrages mag etwas bürokratisch klingen, was sich dahinter verbirgt, ist allerdings ein ganz, ganz wichtiges Anliegen, das, so wie die Sach- und Gesetzeslage jetzt ist für viele Menschen, die von schweren Unfällen betroffen sind, schweres Leid für sie bedeutet. Ich will anfangen mit einem kurzen Auszug aus einem Artikel vom Profil von 2013, wo steht, die meisten Menschen leben im Vertrauen darauf, dass ihnen geholfen wird, sollte ihnen etwas Schlimmes zustoßen, ein Verkehrsunfall zum Beispiel. Dafür gibt es schließlich die gesetzliche Unfallversicherung oder Kfz-Haftpflichtverträge. Mit diesem wohligen Gefühl kann es aber sehr schnell vorbei sein. Was kaum jemand weiß, in Österreich obliegt es den Opfern nachzuweisen, dass Wirbelsäulenschmerzen, epileptische Anfälle, Ohrensausen, Gedächtnisausfälle oder Depression, an denen sie seit einem Unfall leiden, auch tatsächlich davon rühren. Und erst recht kaum jemand wird es für möglich halten, wie bereitwillig medizinische Gutachter zur Verfügung stehen, um die Unfallkausalität von Schmerzen und körperlichen Schäden zu verneinen, Unfallopfer als Lügner oder Neurotiker hinzustellen und ihnen Vorschäden und altersbedingte Abnützungserscheinungen zu attestieren. Gerichtsverfahren werden verschleppt, Zahlungen hinausgezögert, bis die Prozessgegner körperlich, seelisch und finanziell am Ende sind. Mitunter fallen die Kosten für ihre Rehabilitation und Pflege dann nicht den Kfz-Haftpflichtversicherungen an, sondern im öffentlichen Gesundheitswesen den Unternehmen bleiben schöne Gewinne. Also so viel aus dem Profil. Wir haben in Österreich die Situation, dass also die Zahlen 2013 geben an, dass 38.000 Verkehrsunfälle es gegeben hat, bei denen 48.000 Menschen verletzt worden sind. Den Unfallopfern gebührt normalerweise eben der Ersatz der Heilungskosten oder des erlittenen Vermögensnachteils, zum Beispiel bei Minderung der Erwerbsfähigkeit durch die gesetzliche Haftpflichtversicherung beziehungsweise eben einer Versehrtenrente durch die AUVA im Falle eben, wenn es ein Arbeits- oder Arbeitswegunfall ist. Die Minderung der Erwerbsfähigkeit, der Kostenersatz unfallbedingt erhöhter Bedürfnisse und die Dauer der Schmerzperiode werden von Gerichtsgutachtern ermittelt, die in der Regel, und da haben wir auch ein

großes Problem, auch als Privatgutachter für Versicherungen tätig sind oder bei der AUVA angestellt sind, also wodurch sich natürlich da ein gewisser Interessenskonflikt ergibt. Wenn es jetzt der Fall ist, dass eben sich die Kfz-Haftpflichtversicherung und das Unfallopfer nicht auf die Höhe des Schadenersatzes einigen können, dann ist es so, dass das Unfallopfer auf den Gerichtsweg angewiesen ist, der natürlich mit entsprechenden Hürden verbunden ist. Es wird von Versicherungsseite gern gesagt, das passiert eben nur in einem Prozent der Fälle. Wenn man sich allerdings anschaut, wie hoch eben diese Hürden sind für einen derartigen Gerichtsprozess, wie langwierig das sein kann, mit welchem finanziellen Risiko das verbunden ist, haben wir hier die Wurzel dieses Problems. Insofern gibt es, um diese Missstände zu beseitigen, eine parlamentarische Bürgerinitiative, die von Betroffenen angeregt worden ist, die auch von einem Personenkomitee unterstützt wird und mein Anliegen hier im Gemeinderat ist, dass der Gemeinderat der Stadt Graz sich dazu bekennt, was in dieser Parlamentarischen Bürgerinitiative gefordert wird, was folgendermaßen dann als Antragstext lautet:

Der Gemeinderat Graz unterstützt das Anliegen der Parlamentarischen Bürgerinitiative für Unfallopfer und fordert die österreichische Bundesregierung sowie den Nationalrat auf, die eingebrachten Vorschläge mit größter Sorgfalt zu prüfen und deren Umsetzung in die Wege zu leiten. Die Vorschläge beinhalten unter anderem, und das geteilt in zwei Bereiche, einerseits die Reform des Schadenersatzrechts, unter anderem eine Risikobegrenzung bei den Prozesskosten, eine Reform der Gerichtsgebühren und Verfahrenshilfe sowie der Frist für die Wiederaufnahme von Verfahren beziehungsweise dann eben auch eine Qualitätskontrolle bei Gerichtsgutachten, wo auch hier sehr viele Missstände da sind, wo unter anderem angeregt wird, die Schaffung einer unabhängigen im Gesundheitsministerium angesiedelten Stelle zur fachlichen Überprüfung von Sachverständigengutachten, die gewährleistet, dass diese zeitgemäßen internationalen Standards entsprechen. Ich bitte um Annahme und bin auf die Debatte gespannt (*Applaus KPÖ*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 15.25 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Moser** zur Dringlichkeit: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wir werden diesem Antrag zustimmen, sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen, das ist aus unserer Sicht ein guter Antrag. Das Schadenersatzrecht ist zwar aus dem Jahre 1811, aber ist mehrmals novelliert worden. Die Qualitätskontrolle der Gutachten, das ist auch ein guter Ansatz, wir geben allerdings zu bedenken, und da sollten wir dann in Zukunft auch berücksichtigen, dass ein Eingangsrisiko erhalten bleiben soll, um, auf gut steirisch gesagt zu haben, eine Flut von Verfahren von sogenannten Prozesshanseln sollte ausbleiben oder wir wollen auch nicht amerikanische Verhältnisse, wo man dann den Pudel, den Fall mit dem Pudel in der Mikrowelle beklagt und doch mit einer hohen Summe erfolgreich beklagen kann. In dem Sinn aber unsere Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Herr Kollege Krotzer, wir haben uns mit dem Antrag intensiv beschäftigt und auch intensiv diskutiert. Grundsätzlich finde ich es sehr löblich und ich glaube, man muss auch über das Schadenersatzrecht und seine Ausformungen sprechen. Wir halten das Thema für sehr, sehr wichtig, aber ich glaube, es gehört nicht direkt in den Gemeinderat zum einen und zum anderen auch inhaltlicher Natur. Manches, was du da anführst, ist sicher positiv zu sehen wie beispielsweise eine rechtliche Besserstellung von Unfallopfern, das passt schon, das sollte man auch unterstützen. Einige andere Forderungen sind mit sehr, sehr viel Geld für die öffentliche Hand verbunden. Das muss man einmal sagen, wer soll das zahlen, aber

leider sind auch einige Passagen bei dir dabei, die unausgegoren und zum Teil bedenklich sind und manches ist schon erfüllt. Ich möchte einmal vorausschicken, wir haben uns intensiv damit beschäftigt, wir werden deiner Dringlichkeit eben aus diesen Gründen nicht Folge leisten und zwar, ich darf noch einmal im Einzelnen näher darauf eingehen. Zur Reform des Schadenersatzrechtes im Besonderen, die Risiko Begrenzung bei den Prozesskosten würde wohl bedeuten, dass die Höhe des Streitwertes nicht mehr die Prozesskosten mitdeterminiert, das heißt, eine große Forderung und eine große Millionenforderung hat die gleichen Prozesskosten wie jene der niedrigen. Wir wissen auch, welche Auswirkungen das natürlich auch auf die dort beschäftigten Personen oder damit befassten Personen hat. Die Reform der Gerichtsgebühren und die Verfahrenshilfe ist grundsätzlich positiv einzuschätzen, aber, und da liegt der Hund ganz einfach im Detail, in welche Richtung und wie weit soll man gehen beziehungsweise was soll es tun? Ich denke, das ist auf der Nationalratsebene ganz gut angesiedelt. Die Erhöhung der gerichtlich zuerkannten Schmerzensgelder klingt gut, unsere Schmerzensgelder sind jedoch im Vergleich mit ähnlichen Rechtsstaaten in durchaus ähnlichem Rahmen, die USA ist da nicht viel besser, weil wir müssen bei unseren Schmerzensgeldergebnissen natürlich auch die Pflegekosten mitberücksichtigen und da sind die Mittel natürlich sehr miteinzubeziehen. Bedenklich halten wir den Nachweis der Unfallkausalität, hier die Umkehrung, weil es wäre unfair, wenn ein Unfallbeteiligter, der als Schadensverursacher beschuldigt wird, seine Unschuld beziehungsweise das Nichtvorliegen einer Unfallkausalität beweisen müsste widrigenfalls schuldig gesprochen würde und allenfalls für die Kosten verantwortlich gemacht werden würde. Also das ist im rechtsstaatlichen Befinden etwas aus unserer Sicht schwer bis nicht vereinbar. Zu den Gerichtsgutachten, beim Sachverständigenwesen haben wir ein recht gutes derzeit. Man kann natürlich auch das Sachverständigenwesen auch verändern, aber da ist es natürlich auch eine Frage der Kosten, wer trägt sie? Im internationalen Vergleich, habe ich schon erwähnt, sind wir dabei gut. Ein Punkt noch zur Forderung nach Sanktionen der GutachterInnen bei Verletzung der

Unparteilichkeit. Diese ist jetzt schon gegeben nämlich durch den § 1299 ABGB. Von der Verbindlichkeit zum Schadenersatz, insbesondere der Sachverständigen, falsche Gutachten werden geahndet. Also in dem Sinne, das Thema halten wir für wichtig und ganz ehrlich, es ist ein Thema, das den Rahmen des Gemeinderates demzufolge sprengt. Ich denke, es ist gut auf parlamentarischer Ebene und im Justizausschuss angesiedelt. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Nachdem ich nicht sicher weiß, ob die Debatte weitergeht, werde ich diese Chance nutzen. Ein paar Anmerkungen zur Kollegin Bauer. Eben deswegen ist es eine Petition und es ist ja auch die Unterstützung dieser Parlamentarischen Bürgerinitiative, die hier durch die Stadt Graz Rückhalt haben soll. Was du gemeint hast irgendwie, was das Schmerzensgeld betrifft; es ist in etwa so, dass das in Deutschland in etwa das Doppelte ausmacht, also hier hat man in Österreich durchaus nicht das internationale Niveau und was dann eben betrifft auch den Nachweis der Unfallkausalität, steht, darf ich noch einmal auf den Antragstext verweisen beziehungsweise auf den Text der Bürgerinitiative, wo auch drinnen steht, nach einem ersten Anscheinsbeweis sollten Zweifel über die weitere Unfallkausalität von Verletzungsfolgen zu Lasten des Schädigers gehen. Also hier ist auch schon eine entsprechende Hürde eingebaut, um da einem Wildwuchs entgegenzuwirken. Ich bin gespannt auf das Abstimmungsergebnis und danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.

4) Errichtung eines weiteren sozialökonomischen Betriebes in Graz

GR. **Luttenberger** stellt namens ÖVP und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst stehe ich nicht an, mich bei der Grazer Volkspartei wirklich herzlich zu bedanken, dass sie auf diesen Dringlichen mitaufgegangen sind, aber heute scheint ja überhaupt ein Tag zu sein, wo hinter den Kulissen einiges gesprochen wird und einiges passiert und ich habe ein paar Minuten, bevor ich jetzt rausgegangen bin, auch mit VertreterInnen der SPÖ gesprochen, vielleicht ergibt sich doch noch eine Möglichkeit eines gemeinsamen, zumindest inhaltlichen Vorgehens. Da ich ja der Meinung bin oder wir der Meinung sind, dass es doch etwas ganz Wichtiges ist, gerade in Graz, einer der am schnellst wachsenden urbanen Gebiete in Österreich, hier zu versuchen, den angespannten Arbeitsmarkt zu entlasten. Und konkret geht es ja bei diesem Dringlichen um den weiteren Ausbau beziehungsweise um die Absicherung des sogenannten zweiten Arbeitsmarktes und ein wesentliches Merkmal dieser Absicherung des zweiten Arbeitsmarktes sind die sogenannten sozialökonomischen Betriebe und da scheint ihr oder da scheinen wir mit der SPÖ ein bisschen einen inhaltlichen Dissens zu haben, was ist ein sozialökonomischer Betrieb, das will ich euch da nicht jetzt langatmig erklären. Es geht auf jeden Fall darum, dass es um Menschen geht, die dem Arbeitsmarkt ferne stehen, die entweder über das AMS oder über das Bundessozialamt hier genehmigt werden, in Projekte einzusteigen und die als sogenannte Transitarbeitskräfte nach einer gewissen Zeit, die definiert wird, je nach Projekt und je nach Gesetzeslage, dann wieder aussteigen mit dem Ziel, und das ist ja das Wichtige für uns alle, wieder Anschluss an den ersten Arbeitsmarkt zu finden, also sprich in nicht gestützten Unternehmungen Arbeit zu finden und hoffentlich auch Arbeit, von der man leben kann, denn das hätte auch für die Stadt Graz den Effekt, dass hier bei der bedarfsorientierten Mindestsicherung durchaus Kosten eingespart werden könnte, wenn das zielgerichtet eben getan wird. Es hat vor fast genau zwei Jahren, am 14.

Oktober, einen Bericht gegeben an den Gemeinderat über Arbeit und Beschäftigung, da wird aufgezählt die Anzahl von sozialökonomischen Projekten, die es in Graz gibt. Da bedanke ich mich auch recht herzlich, das ist eine wichtige Sache, das beginnt mit der Lehrlingsoffensive, geht weiter mit diversen Fraueninitiativen, Danaida zum Beispiel, hört bei vielfältigen anderen Projekten sozusagen auf, wie Tagwerk und Erfa und manch anderes auch und das ist eine wichtige Sache, da brauchen wir überhaupt nicht diskutieren. Möglicherweise der Punkt, wo ich jetzt mit der SPÖ vielleicht ein bisschen einen Dissens habe, ist, es geht natürlich um den sogenannten Paukenschlag, ihr kennt das, ich war ja schon ein paarmal draußen und habe immer vom Paukenschlag gesprochen, ich meine, es geht um eine Einrichtung für den zweiten Arbeitsmarkt, wo wirklich relativ viele Menschen in Beschäftigung kommen können unter bestmöglicher Betreuung und da habe ich konkret dieses Team Styria Werkstätten GesmbH im Auge, wo fast 350 Leute inklusive Fachbetreuung beschäftigt sind in verschiedenen Berufsbildern mit der Chance, entweder umzusteigen auf den ersten Arbeitsmarkt oder beziehungsweise, nachdem Team Styria nicht nur Bastelwerkstatt ist, sondern die machen ja Dinge für Unternehmen wie Katalysatoren für Remus und für die Jugendgästehäuser die ganzen Ausstattungen der Zimmer, also das ist ja nicht so ohne und das machen eben, und das ist mein Ersuchen an die SPÖ, das machen nicht nur Behinderte, das ist eine Mischung aus beidem und darum würde ich euch wirklich ersuchen, da ein bisschen, wenn geht, diese I-Tüpferei zu lassen. Ich möchte noch etwas sagen. Gestern ist in den Oberösterreichischen Nachrichten ein interessanter Artikel gestanden im Internet. Die Volkshilfe Oberösterreich, hier nicht gerade ein Verein, der uns nahe steht, aber eine ganz wichtige Organisation, hat die Johannes-Kepler-Universität beauftragt zu hinterfragen, was sozialökonomische Betriebe bewirken. Ob das überhaupt Sinn macht, Leute in sozialökonomischen Betrieben zu beschäftigen und siehe da, ist was Interessantes herausgekommen. Erstens einmal hat es geheißen, dass bereits im ersten Jahr 76 % der Kosten amortisiert sind, nach drei Jahren wäre das gesamtamortisiert und vor allem kommen mehr als 30 % der betroffenen Kolleginnen und Kollegen, der betroffenen Menschen wieder in

Beschäftigung, vor allem am ersten Arbeitsmarkt. Also das ist für mich schon eine Begründung, um in Graz eine Dringlichkeit zu erbitten und einzufordern. Und wir verlangen ja nichts anderes, als von der Kollegin Schröck zu hinterfragen den Bedarf der Beschäftigung in den Grazer sozialökonomischen Betrieben, dass man das erhebt. Dass wieder eine aktuelle Listenerstellung angegangen wird, wie schaut es aus mit der Anzahl der sozialökonomischen Betriebe in Graz und ob es im Gespräch mit den Verantwortlichen dieser sozialökonomischen Betriebe eben weitere Kapazitäten gibt. Der zweite Punkt, wenn das gegeben ist und davon gehe ich aus, gehören natürlich sofort Gespräche mit dem Bund und mit dem Land aufgenommen, denn von einem Team Styria 2, von dem ich rede, das ist ja an und für sich fremdbudgetiert, das geht nämlich über das Bundesbudget und derzeit sind ja große Bestrebungen im Gange, obwohl man muss sparen einerseits, aber gleichzeitig, sieht man aufgrund der sozialen Situation, muss man Nachtragsbudgets beschließen. Und deswegen ist es eine sehr, sehr gute Chance, in Graz einen notwendigen zweiten Standort für so einen großen sozialökonomischen Betrieb wie zum Beispiel Team Styria hier zu errichten. Das AMS hat sich auch nicht gescheut, das aufzuteilen, da gibt es AMS links der Mur, AMS rechts der Mur, es ist ja nicht so, dass da nichts los ist. Und da in die Richtung geht es und sozusagen der einzige Stresspunkt ist, dass wir halt da drinnen im Antrag ersuchen, und da bedanke ich mich nochmals bei der ÖVP, dass sie das miteingefordert hat, dass man im Februar da einen Bericht kriegen, weil die Zeit.... wir müssen da irgendwie anziehen. Und das ist der Grund sozusagen für uns für die Dringlichkeit und daher ersuche ich um sympathische Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis** zum Antrag: Geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt! Wenn es um den Ausbau von Maßnahmen für Menschen mit erschwertem Zugang zum Arbeitsmarkt geht, werden wir uns in keinem Fall dagegen wehren, im Gegenteil, also das findet unsere volle Zustimmung. Dass wir die Zustimmung zur Dringlichkeit nicht geben, darauf möchte ich jetzt eingehen. Es gibt

so unterschiedliche Erschwernisse beim Zugang zum Arbeitsmarkt, du weißt es selber sehr gut, du kennst dich da aus. Ich sage nur beispielsweise, es gibt Qualifikationsdefizite, es gibt Beeinträchtigungen, es gibt Menschen, die zu weit in der Vergangenheit das Geburtsdatum haben. Die aus verschiedenen Gründen beruflich nicht Fuß fassen können, benötigen aber auch verschiedene Maßnahmen. Eben zum Beispiel wieder bei Qualifikationsmängeln, Qualifikationen eben auch auf unterschiedlichste Art und Weise oder niedrigschwellige Einstiege für befristete Zeit um dann auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können oder aber auch nicht zuletzt auch geschützte Bereiche für Menschen, die der erste Arbeitsmarkt nicht ausreichend aufnimmt. Und da war eben für uns vom Antrag her ein bisschen eine Unklarheit drinnen wegen einerseits dieser Bezeichnung... also einerseits die Forderung, ein zweites Team Styria und Bezeichnung als sozialökonomischen Betrieb, was Team Styria ja in dem Sinne nicht ist, Team Styria ist ein integrativer Betrieb...

Zwischenruf GR. Luttenberger: Also, wenn es an dem scheitert.

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis**: Es geht einfach so, ich denke, im Endeffekt um die Klarheit, wo wir hinwollen und auf was wir jetzt genau abzielen und wenn wir zum Beispiel ein zweites Team Styria in Graz andenken, also ist jetzt auch die Frage, wie weit ist zum Beispiel konkret für diese Zielgruppe der Bedarf da und wie weit ist aber auch für die Angebote, die Team Styria am Markt setzt, sozusagen die Nachfrage vorhanden? Also ich denke mir, gerade Team Styria ist ja spezialisiert auf Menschen mit Behinderung...

Zwischenruf GR. Luttenberger: Nicht nur.

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis**: Aber der Hauptschwerpunkt und das ist auch von der Geschichte her war es ja ursprünglich eine geschützte Werkstätte, es ist dann aus einer geschützten Werkstätte hervorgegangen.

Zwischenruf GR. Luttenberger: Graz ist auch aus einem Dorf hervorgegangen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a (FH) **Brenneis**: Also ich denke mir, der Punkt ist, zuerst sollte geklärt werden, ob es um eine weitere Maßnahme für behinderte Menschen geht oder eben Beschäftigungsmaßnahmen in Form von einem sozialökonomischen Betrieb, in Form von Transitarbeitsplätzen und damit Ende meiner Wortmeldung fürs Erste.

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass wir bereits bei der Diskussion zum Inhalt sind, weil die Dringlichkeit ist ja gegeben mit den Stimmen der ÖVP und der KPÖ.

GR. **Rajakovics**: Ich wollte nur kurz erklären, weil wir haben im Klub auch darüber gesprochen, warum wir da auch nicht nur zustimmen, sondern da auch mit dem

Antragstext, nämlich der Motivenbericht ist etwas schärfer formuliert, wie es einem Gewerkschafter auch zusteht. Aber der Antragstext ist relativ klar. Es geht darum, dass wir auch von Seiten der Volkspartei immer wieder darauf hinweisen, dass es, und gerade heute haben wir auch wieder ein Stück beschlossen, wo es um viel Geld geht im Bereich der Mindestsicherung, dass es das Ziel sein muss, dass Menschen eine Aufgabe bekommen. Ich werde es nicht schaffen und gerade nicht in einer Stadt und da treffen wir uns eben auch mit der KPÖ, ich werde es nicht schaffen in einer Stadt, dass wir die alle am ersten Arbeitsmarkt unterbringen, weil gewisse Defizite bei Menschen da sind von Suchterkrankungen bis hin zu Behinderungen eben, also es gibt ein breites Spektrum, was über sozioökonomische Betriebe abgedeckt werden kann, wo es einen anderen Leistungszugang gibt als im ganz normalen Betrieb, der im Wettbewerb steht. Daher waren wir dahinter, wie es um Erfa gegangen ist, es gibt ja zahlreiche Initiativen, die vom Tagwerk, also in Graz gibt es Etliches, ich habe nicht einmal den Überblick, wie viele Vereine es gibt, die so eine Möglichkeit anbieten. Wir merken allerdings, dass es schwer ist, und jeder von uns trifft auf Personen, die eben dann praktisch nicht vermittelbar sind, von denen man das Gefühl hat, sie haben ein Talent und könnten sehr wohl etwas beitragen und das Wesentliche ist, und das ist für uns als christlich-soziale Partei ganz im Vordergrund, Arbeiten ist etwas ganz Wesentliches, damit ich im Leben meinen Lebenswert tatsächlich auch empfinden kann und deshalb ist es für uns ganz wichtig, dass man einmal eine Aufstellung bekommen, was gibt es an Betrieben in Graz, welche Menge an Menschen können sie bisher abdecken, welche werden auch bereit auszuweiten, an was liegt es, wie viel Kosten sind das und letztlich zu schauen, wenn es den Bedarf gibt, gut wäre, wenn eine Stadt oder die Holding oder ein Teil der Stadt so etwas auch als Unternehmung aufzieht, gibt es dann die Bereitschaft vom AMS, vom Bundesministerium oder anderen, auch einen eigenen Betrieb zu fördern? Nicht mehr und nicht weniger ist im Antrag formuliert. Das heißt, es ist relativ klar, was wir wollen, wir wollen einen Überblick darüber bekommen, welche Möglichkeiten gibt es für Menschen außerhalb des regulären Arbeitsmarktes, der über das AMS auch verwaltet wird, auch zu einer

Stelle zu kommen und damit eine Beschäftigung im Leben zu haben. Ob das dann idealerweise wie im Team Styria ist, dass es sogar in Kooperation mit großen Unternehmen stattfindet. Wir haben auch mit der Familie Sandner da jetzt gerade ein kleines sozioökonomisches Projekte gestartet mit den Lehrlingen, wo die mit Flüchtlingen gemeinsam mit Alfa Nova ein Projekt starten, also es gibt viele Initiativen. Unser Ziel ist es und es muss unser aller Ziel sein, dass möglichst viele Menschen, egal welche Defizite sie aufweisen, trotz allem einen Zugang zur Arbeit bekommen und das, glaube ich, sollten wir uns einmal anschauen und da glaube ich, könnten wir auch tatsächlich über alle Parteien an einem Strang ziehen, weil ich glaube, es ist letztlich das Anliegen von uns allen (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönberger**: Wir, die freiheitliche Fraktion, unterstützen den Antragstext oder den Inhalt natürlich auch, weil in Zeiten der Arbeitslosigkeit ist es natürlich wichtig, dass Menschen Beschäftigung haben und dass sie auch diese Wertschätzung über die Beschäftigung bekommen. Das ist uns wirklich was ganz Wichtiges, wobei wir aber auch bitten, wirklich auf die Ressourcen genau zu schauen, sehr genau zu schauen, damit es nicht passiert, so wie wir eben immer wieder auch sagen, dass zum Beispiel wie beim Projekt Nähwerkstatt 20 Frauen beschäftigt sind und das nicht permanent und das die Stadt Graz dann im Jahr 85.000 Euro kostet. Das ist uns einfach zu teuer, deswegen ist es uns wirklich wichtig, dass die Ressourcen genau geprüft werden und auch die finanziellen Ressourcen genau angeschaut werden. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Luttenberger**: Der Klaus Frölich hat heute den Wittgenstein zitiert und ich bin leider nicht so ein kluger Mensch, aber ich zitiere halt aus einem Asterix-Heftl. O tempora o mores, und das hat deswegen die Begründung, ich kann den Erläuterungen

von der FPÖ-Kollegin und vom Thomas Rajakovics eigentlich nichts mehr hinzufügen, außer dass wir versuchen müssen, der Bevölkerung in einer einfach gehaltenen Sprache dieses Problem verständlich zu machen und noch einmal, es geht um den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt. Es geht darum, dass es uns gelingt, Bund und Land in das Boot zu holen, damit wir hier in absehbarer Zeit auch Erfolge landen können und ich bin wirklich bewegt und ich bedanke mich bei euch. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Aufwertung und Attraktivierung von „Hotspot“-Schulstandorten

GR. ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Stadträtin, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Zuschauertribüne! Die Grazer Schulstandorte haben sehr unterschiedliche Startbedingungen, ich glaube, das weiß jeder von uns, und daher auch zum Teil sehr unterschiedliche Ergebnisse, was die AbsolventInnen betrifft und den weiteren Schulbildungs- oder -arbeitsweg der Absolventen und Absolventinnen. Der Grund darin liegt sicherlich nicht daran, dass die PädagogInnen in diesen Schulstandorten weniger engagiert wären, es liegt auch sicher nicht darin, dass die Kinder in irgendeiner Form weniger begabt oder interessiert wären. Der Unterschied liegt vielmehr darin, dass die Kinder meistens unterschiedliche familiäre Hintergründe haben sogenannte sozioökonomische Faktoren, einfach einen Rieseneinfluss auch haben, darauf, wie die Kinder, in welchem Zustand die Kinder dann auch fähig sind zu lernen und es hat eben auch große Auswirkungen darauf, wie die einzelnen Schulen und Schulstandorte

ausgestattet sind. Grundsätzlich wäre es natürlich in unserem Sinne und es wird auch auf Bundesebene immer wieder von der SPÖ diskutiert und eingebracht, dass die Verteilung der LehrerInnenressourcen nicht wie jetzt erfolgt, sondern dass man hier auch indexbasierte Ressourcenverteilung vornimmt, das werden wir hier in Graz aber nicht lösen können, wir könnten jetzt theoretisch eine Petition an den Bund richten, aber ich habe mich dazu entschieden, dass wir uns jetzt eher, und wir haben auch schon oder die KollegInnen von den Grünen haben das auch schon lobenswerterweise getan. Was wir aber hier machen können ist, dass wir uns Gedanken darüber machen, was kann die Stadt als Schulerhalterin auch aus eigenen Kräften dazu beitragen, dass die Schulen, die jetzt, manchmal werden sie als Brennpunktschulen bezeichnet, wir haben sie jetzt als Hotspots bezeichnet, man könnte viele verschiedene Bezeichnungen dafür finden, aber es sind einfach Schulen, die schwierigere Rahmenbedingungen haben, dass die bessere Bedingungen auch vorfinden. Eine Möglichkeit ist sicher, sie räumlich gut auszustatten, das passiert auch erfreulicherweise schon, eine weitere Möglichkeit ist, Schulsozialarbeit gerade in diesen Standorten anzubieten, das passiert zum Teil auch schon, könnte natürlich noch mehr sein, aber hier passiert auch erfreulicherweise sehr viel und wenn man sich jetzt weiter die Frage stellt, was kann die Stadt noch machen, dann kommt man irgendwann einmal auch zu dem Thema, mit dem sich der Antrag hier am meisten beschäftigt und zwar mit den sogenannten schulautonomen Mitteln. Das sind Mittel, kurz gesagt, mit denen man Anschaffungen aus dem Bereich des Sachaufwandes tätigen kann, vom Kopierer angefangen über einen Beamer vielleicht oder Laptops oder all diese Schulmittel, die jetzt natürlich nicht so wichtig sind wie die LehrerInnenressourcen, die aber doch auch zur Attraktivierung eines Schulstandortes beitragen. In Schulen, wo viele Kinder aus wohlhabenderen Familien sind, unterstützt da oft auch der Elternverein und kauft Beamer an und ähnliche Gerätschaften, macht einfach etwas, um diese Schulstandorte noch attraktiver zu machen. In einzelnen Schulen in Graz gibt es aber nicht einmal einen Elternverein beziehungsweise sind dort auch einfach die Mittel nicht vorhanden. Und diese schulautonomen Mittel sind derzeit einfach nach Anzahl der Klassen

gießkannenartig verteilt und wir wollen hier mit diesem Antrag auch dazu anregen, ein neues Modell zu finden, das sich stärker nach einem Sozialindex orientiert, das heißt, Schulen mit schwierigeren Rahmenbedingungen würden dann ein bisschen mehr Mittel bekommen als andere Schulen. Und in einem zweiten Punkt geht es dann darum, auch das könnte die Stadt selbst tun, es gibt Schulen, die haben Kooperationen mit Firmen, ich kenne das auch aus eigener Erfahrung, wo die Firma dann zum Beispiel Praktikumsplätze zur Verfügung stellt, wo sie auch bei den Skripten unterstützt, wo sie mit Experten in die Schule kommt und inhaltlich unterstützt, auch das ist von Schulstandort zu Schulstandort unterschiedlich und auch hier könnte natürlich die Stadt Graz oder das Schulamt einen Beitrag leisten und solche Kooperationen noch weiter unterstützen oder forcieren.

Das heißt, kurz gesagt, wir stellen den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der zuständige Bildungsstadtrat wird ersucht, im Sinne des Motivenberichtes

1. für die Vergabe der schulautonomen Mittel an die Grazer Pflichtschulen ein neues Modell zu entwickeln, das – ausgehend von einem gleichen Sockelbetrag für jede Klasse jeder Schule – für sogenannte Hotspot-Standorte, also Klassen mit mehr Kindern mit schwierigen Rahmenbedingungen, entsprechende zusätzliche Mittel vorsieht,
2. eine Grundkonzeption für Patenschaften mit Pflichtschulen zu entwickeln, mit denen Grazer Leitbetriebe gewonnen werden können, solche Patenschaften mit Schulen mit besonders schwierigen Rahmenbedingungen einzugehen.

Ein entsprechender Bericht ist dem Gemeinderat bis spätestens Jänner 2016 vorzulegen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus SPÖ*).

Stadträtin Kahr übernimmt um 15.55 Uhr den Vorsitz.

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, danke für das Vortragen. Liebe Frau Kollegin! Danke für deinen dringlichen Antrag, ich finde den Antrag grundsätzlich sehr gescheit, weil es geht darum, dass wir mehr Geld für das Bildungssystem brauchen und dein Antrag geht in diese Richtung. Wir werden der Dringlichkeit zustimmen, ich ersuche aber, die zwei Punkte getrennt zur Abstimmung zu bringen. Warum? Punkt 2, glaube ich, steht außer Frage, dass das sehr gescheit ist, dass man Leitbetriebe dafür gewinnt, in das Schulsystem zu investieren, ein Beispiel in Graz werden wir das auch in Bälde machen. Die Neue Mittelschule Straßgang wird einen neuen Schwerpunkt bekommen, nämlich Schwerpunkt Holz, und hier werden wir auch proHolz dafür gewinnen, hier zu investieren, weil die Holzindustrie ja auch wieder davon profitiert, wenn junge Leute schon in der Neuen Mittelschule auf ein gewisses Thema sensibilisiert werden und das machen wir. Aber natürlich ist es gut, wenn sich der Gemeinderat hinter dieses System stellt, dass wir mehr Leitbetriebe gewinnen, dass sie in das Schulsystem investieren. Zu Punkt 1 möchte ich vorausschicken, ein bisschen was stimmt nicht, was du im dringlichen Antrag formuliert hast. Nämlich erstens, dass es kaum eine Erhöhung gegeben hat bei den schulautonomen Mitteln. Die Erhöhung hat es gegeben, nämlich 2014 um 20 %, und dann hat es eine weitere Erhöhung gegeben 2015 um 58 Euro. Und du hast gesagt, es gibt ein Gießkannensystem, das stimmt so auch nicht. Es gibt ein Sockelsystem und dann gibt es einen Zusatzbetrag. Ich möchte es ganz kurz vorrechnen. Grundsätzlich gehen wir immer von einer Schule mit acht Klassen aus. Eine achtklassige Schule bekommt 3.108 Euro, dann braucht es natürlich mehr Geld, wenn eine Schule größer

ist und pro zusätzlicher Klasse bekommt eine Schule 323 Euro mehr und dann gibt es auch zusätzlich Geld für Kinder, die einen Integrationsbedarf haben oder Kinder mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf. Einmal um 14 Euro mehr, einmal um 20 Euro mehr. Ich möchte es noch einmal anhand eines Beispiels nachvollziehbarer machen. Und zwar die Schule St. Andrä hat neun Klassen, bekommt vom Schlüssel her 5.594 Euro, also weit mehr als die 3.108 Euro und kriegt dann zusätzlich noch 1.924 Euro, weil hier muttersprachlicher Unterricht auch bereitgestellt wird und da stellen wir zusätzlich für die Kopien, die anfallen, ein Geld bereit. Also anhand dieses Beispiels sehen wir, dass wir bereits jetzt schon gewichten, also die Schulen werden nicht gleich behandelt und ich stelle mir das sehr, sehr schwer vor und möchte nicht Kriterien ausarbeiten, dass man, bevor das Schuljahr beginnt, dass man schon einzelne Schulen anders behandelt. Es ist ja auch eine Art von Stigmatisierung, die dann hier passieren würde, deswegen glaube ich, dass unser jetziges System wirklich sehr klug ist und eigentlich möchte ich an dem System festhalten und wenn eine Schule mit dem Geld nicht auskommt, kann der Direktor auch zusätzlich ein Geld noch im ABI beantragen. Da hat es einige Beispiele gegeben im laufenden Jahr und es ist ein sehr gutes System. Und jetzt darf ich das Wort wieder zurückgeben (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 16.00 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind auch für getrennte Abstimmung, aber aus einem anderen Grund. Ich freue mich, dass es zu der Erhöhung der autonomen Mittel gekommen ist. Ich habe mich schon in der vorigen Periode um eine Erhöhung bemüht hier in diesem Saal. Das ist nicht genau das, was meine Kollegin Marak-Fischer meint, daher werden wir auch dem ersten Punkt zustimmen, beim zweiten sind wir ein bisschen vorsichtig, ein bisschen skeptisch. Da geht es um diese Kooperation, hat kein Mensch was dagegen, aber um eine zu

intensive Einflussnahme von außen. Für uns geht es um eine ganz grundsätzliche Sache. Öffentliche Schule haben durch die öffentliche Hand so ausgestattet zu werden, wie es ihren Bedürfnissen entspricht, das ist auf jeden Fall einmal zu fordern. So eine Bitte-gar-schön-Situation, wo dann Schulen unter Umständen zu Bittstellern bei Firmen oder Unternehmen werden, lehnen wir ab. Nicht ablehnen tun wir natürlich Zusammenarbeit auf verschiedenen Ebenen, so wie es die HAK braucht, so wie es die HTL braucht, so wie es an Polytechnischen Schulen gang und gäbe ist, junge Leute mit der Arbeitswelt in Kontakt zu bringen mit Firmen, aber ohne finanzielle Zwänge, die dahinter stehen für die Schulen. Heute ist der Tag der Philosophen, ich habe es vorher aufgeschrieben gehabt, aber jetzt habe ich mir gedacht, jetzt bin ich schon der Dritte, der sich bemüht, nach Wittgenstein und Asterix vielleicht den dritten Philosophen, der vielleicht in Österreich der bekannteste ist Frank Stronach. Wer das Gold hat, bestimmt die Regeln, hat er gesagt, zu Ende gedacht bedeutet das unter Umständen, dass Abhängigkeiten entstehen, Einflussnahme auf die Unterrichtsinhalte passiert oder auf den Lehrkörper und das lehnen wir ab. Dass Schulen besser ausgestattet werden sollen, davon bin ich überzeugt, das beweist noch immer die aktuelle Diskrepanz zwischen der Forderung der Schulpartner nach gesunder Jause und dem Jubelschrei des Direktors, der die Einnahmen des Cola-Automaten zum Teil für seine Schule lukrieren kann. Ist natürlich ein Widerspruch, der noch immer nicht wirklich gelöst ist, der bedeutet, dass die Schulen zeitweise in arge finanzielle Probleme geraten können. Soweit ist es gegangen, wie Sie wissen, meine Damen und Herren, dass auch Schüler gebeten wurden, das Klopapier von zu Hause mitzunehmen, das ist Geschichte Gott sei Dank, aber das hat es gegeben. Wie gesagt, liebe Kollegin Alexandra, wir werden deinem Antrag im ersten Punkt folgen, darf dich aber auch erinnern, du weißt es eh, ihr habt es ja auch in der Hand, das Unterrichtsministerium wird von deiner Fraktion geführt und im Land seid ihr zuständig für die Finanzen und für das Schulwesen, bitte darum (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Liebe Alexandra, danke für den Antrag. Es ist, du hast eh darauf Bezug genommen, wir haben ja gemeinsam vor nicht allzu langer Zeit einen Antrag verabschiedet an die Frau Unterrichtsministerin, der Titel war damals „Zukunft trotz(t) Herkunft“ und wo der wesentliche Punkt darin war, dass über sozialindexfinanzierte Schulen auch so was wie ein Steuerungseffekt passieren kann. Das ist ein Effekt, den ich noch einmal hervorheben will, weil er in dem Antrag auch nicht in der Weise da ist, das heißt, wenn ich die Qualität an Hotspot-Standorten heben kann durch andere Finanzierungsmodelle, werden diese Schulen auch mehr Zulauf bekommen, weil eben dort eine bessere Qualität, bessere Kooperation mit Firmen etc. gegeben ist, was auch noch einmal hilft, Schwerpunktstandorte zu entlasten, zu verändern, in eine andere Richtung zu bewegen. Wir werden beiden Punkten zustimmen. Es ist so, dass es nach wie vor Lehrer, also nicht nur mangelnde Elternvereine gibt, sondern leider auch die Notwendigkeit, dass Lehrende in die eigene Tasche greifen, um den Schulstandort in einer Weise schön zu machen für ihre Schülerinnen und Schüler. Da bin ich auch sehr froh, dass es die Bereitschaft vom Stadtrat Hohensinner gibt, da noch einmal gesondert hinzuschauen, weil wir auch Meldungen haben, zwar nicht über das fehlende Klopapier, aber über die fehlende Seife zum Beispiel oder über das fehlende Regal in einer Klasse, dass man da schaut, dass es da vielleicht Möglichkeiten gibt. Es ist so, dass wir, wie gesagt, beiden zustimmen werden, die Bitte wäre aber auch noch einmal an euch bei der sozialdemokratischen Fraktion, dahingehend Richtung Bundesministerin zu wirken, am 17.11. wird sie die Möglichkeiten haben, auch da schon neue Konzepte aufzugreifen und umzusetzen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Auch wir werden der Dringlichkeit unsere Zustimmung geben, werden uns dann aber bei den einzelnen Punkten so verhalten,

wie das auch der Herr Stadtrat gesagt hat. Ich gebe dir völlig Recht bei der Analyse, die du da in deinem Antrag tätigst, dass es Probleme an Grazer Pflichtschulen gibt. Man kann es jetzt natürlich aufgrund der unterschiedlichen familiären Hintergründe festmachen oder man kann das auch zurückführen auf das unterschiedliche Lehrerengagement oder sogar auf die Vererbung, wie es auch bei dir zu lesen ist. Ich bin aber schon der Meinung, wir sollten die Dinge auch beim Namen nennen, es ist schon eine Kunst, das Ganze so zu verschleiern, die Dinge, die Probleme auch beim Namen nennen, dafür treten wir ein und selbstverständlich hat es auch mit der unqualifizierten Zuwanderung der letzten Jahre zu tun, dass wir diese Probleme in den Grazer Pflichtschulen haben, selbstverständlich hat es mit der verfehlten Einwanderungspolitik der letzten Jahre zu tun, und weil wir heute das schon diskutiert haben, ich weiß, der Herr Stadtrat wird da ganz unruhig dann auch. Es ist so, dass erstmals in diesem Schuljahr die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache in den Grazer Volksschulen die Mehrheit sind. Und dass damit die Probleme, die wir haben, nicht weniger werden, ich glaube, da brauchen wir nicht diskutieren. Ich will mich nicht wieder auf die Diskussion einlassen, dass das nicht bedeutet, dass die nicht Deutsch können, nur weil sie nicht deutsche Muttersprache haben, aber das sind Probleme, denen wir uns stellen müssen. Und ich kann mir schon vorstellen, weil du das auch ansprichst dieses fehlende Lehrerengagement, das nicht überall in gleicher Weise gegeben... das verstehe ich...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer: Eben nicht.

GR. Mag. **Sippel**: Du hast geschrieben, dass das Engagement auf unterschiedlichem Niveau befindlich ist in Grazer Schulen und das auch zu einer... gut dann habe ich das

anscheinend falsch interpretiert, soll auch vorkommen. Es ändert nichts dran, dass wir unterschiedliche Niveaus in den Schulen haben und da kann man sicher diskutieren, diese vorhandenen schulautonomen Mittel auch entsprechend gerechter verteilt. Was ich allerdings nicht befürworte, ist eine zusätzliche Aufstockung dieser Mittel, weil ich glaube, diese Probleme, die wir haben, ganz anders gelöst werden müssen und nicht über eine Aufstockung dieser Mittel, die ja für, wie wir ja auch schon diskutiert haben, doch andere Dinge auch gedacht sind und deswegen werden wir im ersten Punkt eben nicht unsere Zustimmung geben, weil ich glaube, der Mitteleinsatz muss woanders passieren, um diese Probleme zu bewerkstelligen und nicht bei den schulautonomen Mitteln. Der zweite Punkt, dieses PPP-Modell, wo man auch Leitbetriebe bittet oder an sie herantritt, sich auch hier zu beteiligen, Kooperationen einzugehen, also das halte ich für vernünftig. Deshalb im Punkt 2 unsere Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Lieber Armin, ich glaube, ihr würdet den Apfelpreis am Kaiser-Josef-Markt noch mit dem Migrationsthema argumentieren, also vollkommen egal.... (*Applaus SPÖ*). Mehr sage ich zu deiner Wortmeldung damit gar nicht. Danke der grünen Fraktion, danke auch der kommunistischen Fraktion. Andreas, ich habe extra dazugeschrieben, es geht nicht um Sponsoring oder Werbung oder den berühmten Cola-Automaten, das ist auch überhaupt nicht in unserem Sinne und die Schule soll nicht verkommen zu einem Werbeplakat, das sich daraus mühsamst die Geldmittel herausholt, wir sind uns absolut einig, dass die öffentliche Hand das Schulwesen so auszustatten hat, dass alles da ist, was notwendig ist und was gebraucht wird, damit alle Kinder gut lernen können und sich gut weiterentwickeln können. Und, sehr geehrter Herr Stadtrat, zu deiner Wortmeldung, du hast es aber schon gesagt, dass in erster Linie sozusagen die erste Aufstockung nach Klassenanzahl ist, das ist sicher das erste Kriterium, und Sonderpädagogik beziehungsweise Kinder mit Migrationshintergrund noch zu zusätzlichen Ressourcen sozusagen führen, ja, das

stimmt, aber es ist eben ein großer Unterschied wo und in welchem Wohlbezirk eine Schule angesiedelt ist und das kommt hier noch überhaupt eigentlich nicht zu tragen beziehungsweise glaube ich, braucht es einfach mehr Kriterien, mehr Faktoren, die noch mitherangezogen werden müssen als diese Bereiche, da könnte man lange darüber philosophieren, es ist auch sicher nicht leicht, so ein Modell auszuarbeiten und braucht Experten, die daran mitarbeiten. Ich glaube aber, dass es machbar ist und dass wir diese Herausforderung auch annehmen sollten und ich freue mich auf eine weitere inhaltliche Debatte, wenn die Dringlichkeit hoffentlich durchgeht. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ und Grüne) abgelehnt.

Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

6) Tourismus-Hotspots und Ausflugsziele innerhalb der Stadtgrenzen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Ja, wir haben heute auch schon im Klub über unsere Titel gesprochen, das ist momentan unser Hotspot und wir sind uns dessen bewusst, es sind unterschiedliche Themen und es ist unterschiedlich gemeint. Zu meinem Antrag, ich

habe zwei Motivationen gehabt, diesen Antrag einzubringen; das eine ist, ich bin Mitglied der Naturfreunde, wandere gerne und möchte auch gerne ein Wanderziel haben. Beim Wandern, und dahingehend wurde ich auch angesprochen, dass es in Graz Verbesserungen gibt und das Zweite ist, ich bin Tourismussprecherin meiner Fraktion und da möchte ich auch den Antrag an unseren Tourismusstadtrat richten. Zum einen, die Wanderziele in Graz, wir haben auf der städtischen Homepage Wanderkarten drauf, die Wanderziele in Graz anzeigen und es ist ganz toll, da haben wir den Fürstenstand, da haben wir die Rudolfsware und auch die Stephanienware, doch leider sind die Bauwerke etwas baufällig, abgesperrt und somit nicht so attraktiv als Ziel, aber es hat auch einen negativen Beigeschmack. Manche Jugendliche, insbesondere bei der Fürstenware, wollen sich auch nicht gerne an die Absperrung halten und sehen es als Klettererlebnis und dadurch ist auch ein Gefährdungspotential gegeben. Ich fürchte, dass diese Negativliste weiter ausgeführt werden kann und daher möchte ich anregen, dass nicht nur die Grazerinnen und Grazer als fußläufige Naherholungs- und Ausflugsziele, also dass diese Ausflugsziele revitalisiert werden, sondern auch die touristische Sicht zu betrachten und da bin ich auf etwas Besonderes gestoßen. Ich habe natürlich recherchiert auf der Stadt Graz Homepage findet man/frau die Wanderwege und das Besondere, wenn man unsere städtische Tourismushomepage ansieht, ihr könnt gerne nachschauen, dann findet man ausschließlich Ausflugsziele rund um Graz. Ein eigener Button, ok, da wird man zur Burg Rabenstein geführt, da wird man nach Frohnleiten geführt, in die Bärenschützklamm, aber nicht die Ausflugsziele in Graz, die fehlen da. Da habe ich mir gedacht, lieber Herr Tourismusstadtrat, ich möchte dich gerne auf diese Lücke aufmerksam machen und das ist das Ziel meines dringlichen Antrages. Die Ausflugsziele in Graz auch mitaufzunehmen und vor allem auch die historische Aufarbeitung miteinzubinden, weil es ist schon ganz nett, auch zu wissen, dass beispielsweise die Kernstockware 1928 vom Verschönerungsverein Eggenberg mit Spendengeldern der Grazer Bürger errichtet wurde. Vielleicht kann man auch hier eine Art Crowdfunding zur Identifikation in das Leben rufen, das ist durchaus auch denkbar. Oder beispielsweise, das ist der

Fürstenstand, wurde auf dem sogenannten Bauernkogel errichtet und hat nach dem Besuch des Kaisers Franz mit seiner Gemahlin Karoline und der Tochter Marie-Luise von Parma und deren Sohn den Titel Fürstenstand erhalten. Leider hat der Fürstenstand auch deswegen aus der geschichtlichen Aufarbeitung einen negativen Touch, denn der Fürstenstand hätte ausgebaut werden sollen in einen sogenannten Bismarckturm, der wurde nicht verwirklicht, aber dann sehr wohl die Umbenennung in Adolf-Hitler-Turm zur Zeit des für Österreich sieben Jahre dauernden Tausendjährigen Reiches. Also ich denke, dass hier auch die geschichtliche Aufarbeitung Teil sein sollte.

Deswegen stelle ich, weil wir Dinge gut und positiv in unserer Stadt haben, stelle ich für den sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs den

dringlichen Antrag:

Der für Tourismus zuständige Stadtsenatsreferent, Herr Stadtrat Rüschi, wird ersucht, wird,

1. in Sachen Fürstenstand, Stephanienwarte und Rudolfswarte mit den Eigentümern betreffend die Sanierung einschließlich einer begleitenden historischen Aufarbeitung Gespräche aufzunehmen und dem Gemeinderat bis zur Dezember-Sitzung einen entsprechenden Bericht zur Beratung für die weitere Vorgehensweise vorzulegen;
2. in Zusammenarbeit mit allen Bezirksvertretungen eine Auflistung über mögliche – als Tourismus-Hotspots, unser Top-Wort über Naherholungs- und Ausflugsziele für GrazerInnen und Graz-BesucherInnen bekannte beziehungsweise geeignete – Orte und Aussichtspunkte im Grazer Stadtgebiet zu erstellen, die deren aktuellen Zustand wie auch die Erfordernisse/Notwendigkeiten umfasst.

Dazu bitte ich um Berichterstattung bis zum Mai nächsten Jahres.

Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer** zur Dringlichkeit: Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher auf der Balustrade, liebe Kollegin Susi Bauer! Weil du eben in der Tourismuskommission bist, muss ich dir schon sagen, gibt es auch Wege, dass man sehr rasch zu diesen Informationen kommt, die du hier uns als Dringliche zum Vorwurf machst beziehungsweise auch unterstellst, dass gewisse Stellen nicht ihre Arbeit machen. Ich habe das heute am Vormittag gleich erledigen können, möchte dir Folgendes zur Kenntnis bringen: Man kann bei der GBG beziehungsweise auch bei der Bau- und Anlagenbehörde anrufen und diese Dinge in Erfahrung bringen und das auch auf kurzem Wege. Zur Rudolfswarte darf ich dir bekanntgeben, dass die GBG als Grundstückseigentümer hier längst tätig geworden ist, konkret geht es bei dieser Rudolfswarte vor allem um die Anbringung eines engeren Geländers, damit die kleinen Kinder da nicht mehr durch diese Stufe und Geländer durchrutschen können. Angedacht ist eine Netzkonstruktion, die das verhindert. Mit dem Bundesdenkmalamt, der Bau- und Anlagenbehörde und dem Alpenverein wurde bereits ein Termin avisiert. Hinsichtlich der Eigentümerfrage verweist die GBG darauf, dass der Alpenverein als der Errichter der Aussichtswarte auch in der Instandhaltungsverpflichtung steht und es daher am Eigentümer liegt, wann die nötigen Arbeiten angegangen werden. Zum Fürstenstand, hier sind die Eigentumsverhältnisse eindeutig, diese befindet sich im privaten Eigentum, der Grundstückseigentümer hat die Anlage aufgrund gelockerten Mauerwerks gesperrt, die Verpflichtung zur Instandsetzung liegt hier eindeutig beim Besitzer. Die Stephanienwarte ist der Eigentümer der Österreichische Alpenverein. Laut Auskunft der GBG ist hier keine Baufälligkeit gegeben, die Mängel, vor allem Vandalismus- Schäden, werden im Rahmen der normalen Instandhaltungsarbeiten ausgeräumt. Im Winter ist die Warte ohnehin immer gesperrt. Und deine Aufforderung für die Auflistung der Naherholungsziele und Ausflugsziele in Graz. Es gibt von der GBG ein schönes Büchlein, wo alle möglichen Ausflugsziele in Graz drinnen stehen,

Hochkogel, Plabutsch, Rosenhain, Rainerkogel, Ferdinandhöhe, Kalkleiten etc. Dann gibt es weitere Unterlagen, die man sich bei Bedarf sehr gerne im Tourismusbüro in der Herrengasse abholen kann und es gibt auch die entsprechenden Plattformen im Internet. Grundsätzlich möchte ich nur zum Schluss noch bemerken, dass es natürlich im Interesse der Stadt ist, dass diese Einrichtungen erhalten bleiben, um auch in Zukunft unseren Besuchern möglichst viel Freude zu bereiten. Daher ist dieser Antrag für uns nicht dringlich (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Genau diese Infos, die unsere Kollegin, Frau Klubobfrau Gmeinbauer, gerade dargelegt hat, habe ich heute Vormittag auch von der GBG erhalten, komme allerdings zu einem anderen Schluss. Ich habe auch mit der Kollegin Bauer am Vormittag im Rahmen oder vor einem Ausschuss kurz gesprochen und weiß daher, dass diese ihre Initiative eigentlich schon älter ist oder zumindest seit der letzten Gemeinderatssitzung schon gibt. Und ich habe jetzt irgendwie das Gefühl aus diesen beiden Betrachtungen, dass es möglicherweise so sein könnte, dass die zuständigen Abteilungen die Info über diese Initiative erhalten haben und daher jetzt sehr schnell tätig geworden sind.

Zwischenruf StR. Dipl.-Ing. Dr. Rüscher: Das ist schon so lange.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Entschuldige, ich habe heute Vormittag ein Gespräch geführt und ich weiß, dass diese Begehung vor zwei Wochen stattgefunden hat. Also

nach der letzten Gemeinderatssitzung. Also daher könnte es durchaus, ich weiß nicht, was der Punkt der Aufregung ist, es könnte durchaus so sein, dass diese Initiative zum Anlass genommen wurde aufgrund des zeitlichen Ablaufs und ich weiß auch nicht, warum das jetzt Aufregung auslöst, das ist ja gut, es wird da etwas getan, aber trotzdem bin ich der Meinung, dass das Anliegen dringlich ist. Der Herr Kollege Hohensinner geht zum Beispiel laufend wandern mit Grazerinnen und Grazern, wie ich den Medien...

Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Laufen und wandern.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Laufen und wandern und da wäre es doch schön, wenn die Menschen auch Aussichtswarten nutzen können. Ich bin froh, dass das auf einem guten Weg ist. Wir werden es jedenfalls unterstützen und wir finden auch, dass das dringlich ist (*Applaus Grüne*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Danke Frau Gemeinderätin, Sie sind natürlich auch herzlich eingeladen mitzuwandern. Wir haben am Montag, dem 26., haben wir die nächste Wanderung auf die Platte, um 15.30 Uhr ist Treffpunkt, St. Johann bei der Bushaltestelle, das ist das städtische Wandern, ich glaube, da kann man die Kollegin schon einladen. Also vielleicht kommst du auch mit.

GR. **Sikora**: Werte Kolleginnen und Kollegen, werte Kollegin Susanne Bauer! Der Gemeinderatsklub der KPÖ wird diesen Antrag sowohl in der Dringlichkeit als auch des

Antrages die Zustimmung erteilen. Ich bin auch immer laufend unterwegs in der Natur und habe auch in der Vergangenheit schon mehrmals Anträge gestellt. Zum Beispiel der Antrag „Freier Blick rund um Graz“, da habe ich seinerzeit, was die Rudolfswarte betrifft, die wollte ich ausgeschnitten sehen, weil der Blick war verwachsen und nicht mehr gegeben, habe ich zur Antwort bekommen, es hat eh die Warte freien Blick Richtung Westen. Man schaut zwar in die schöne Weststeiermark, aber der Blick nach Graz ist leider nicht gegeben. Die Kernstockwarte, nur als Beispiel, leider Gottes heißt sie noch immer Kernstockwarte, da haben wir einen Antrag gestellt, dass die auch ausgeschnitten gehört und auch umbenannt gehört, das ist auch vom Bezirksrat Eggenberg... naja, vielleicht lassen sie es deshalb zuwachsen, weil sie Kernstockwarte heißt, aber auf alle Fälle gehört sie trotzdem ausgeschnitten, weil der Blick ins Zentrum von Graz auch total verwuchert und verwachsen ist, also ich weiß, von was du sprichst im Antrag und ich sehe eher die Problematik und lese das aus dem Antrag auch heraus, dass du quasi eine Evaluierung forderst, dass die Stadt Graz in Zukunft tatkräftigst auch die Vereine unterstützt, die an der Erhaltung beteiligt sind und gerade das ist ein guter Weg. Die Vereine werden das alleine nicht stemmen können diese Summen und touristisch gesehen ist das unbedingt erhaltenswert, weil das Magnet-Hotspots sind, entzündliche Hautausschläge heißt das, glaube ich, medizinisch, auf alle Fälle stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu, weil das einfach touristisch gesehen enorm wichtig ist für die Stadt Graz und für ihre Touristen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Es ist nicht das erste Mal darüber gesprochen worden Frau Dani Gmeinbauer, Frau Kollegin, und es ist immer ganz schön und manchmal erleben es wir ja, das auch unsere Anträge eine vorauseilende Erfüllung erfahren. Ich habe das Thema eben seit der vorigen Sitzung eben ausgebaut und mir ist es wirklich auch wichtig, das als touristische Attraktion zu sehen. Wir haben viel Tourismusgeld auch in unserer Stadt und es wird immer beliebter, dass Touristen auch Wanderungen oder auch

laufend unterwegs sind. Nicht nur die Sehenswürdigkeiten und die Bauten und die Museen besuchen, sondern gleichzeitig auch ein Naturerlebnis haben und diese Schiene fehlt mir absolut. Auch wenn man die Homepage der Graz Tourismus anschaut. Vielen herzlichen Dank für die angekündigte Unterstützung.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

7) Petition zum Erhalt unserer vielfältigen Bildungslandschaft – „Für Schulautonomie und freie Schulwahl“

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Auch mein dringlicher Antrag dreht sich um ein bildungspolitisches, um ein schulisches Thema. Zur Beruhigung von der Frau Kollegin Marak-Fischer, diesmal hat es wirklich nichts mit der Ausländerfrage zu tun. Ich habe ein ähnliches Thema, einen ähnlichen Sachverhalt bereits vor sechs Jahren hier herinnen eingebracht. Damals ist es darum gegangen, eine Gleichstellung, auch am Petitionswege natürlich, zu erwirken zwischen Schulen in freier Trägerschaft und zwar zwischen Schulen nicht konfessioneller Natur und konfessioneller Natur, da gibt es nach wie vor, leider Gottes, das hat ja auch nicht gefruchtet, auch der Kollege Spath hat einmal vor zwei Jahren Ähnliches hier eingebracht und es hat nicht dazu geführt, dass das auch ausgeglichen worden ist, dass da hier Gerechtigkeit herrschen würde, das heißt, die nicht konfessionellen Privatschulen sind nach wie vor benachteiligt. Was sich leider Gottes mittlerweile auch in echter Existenzsorge niederschlägt, die Schulen kämpfen ums Überleben. Es hat zwar schon viele Bekundungen in diese Richtung

gegeben, man möchte das auch gleichstellen, ähnliche Vorhaben gibt es auch wieder im bevorstehenden Bildungsreformpaket, das ja von der Bundesregierung am 17. November, so hört man, vorgelegt werden soll. Bisher war es allerdings so, dass das Gegenteil der Fall war. Ich kann nur anführen, seit dem Jahr 2012 ist die Bundesförderung für Schulen in freier Trägerschaft mit Öffentlichkeitsrecht um 25 % gekürzt worden. Das heißt, nur mehr 10 % der Kosten werden für diese Schulen aufgewendet, wie sie für Schüler, zum Beispiel an einer NMS, aufgewendet werden und das ist eine Ungleichbehandlung und wenn wir wirklich die vielfältige Bildungslandschaft in unserem Land auch erhalten wollen, dann müssen wir da auch den notwendigen Druck auf die Bundesregierung erzeugen, dass das abgestellt wird. In Wirklichkeit geht es, und das ist auch die Kernbotschaft und das Kernbegehren meines Antrages, geht es darum, einen Rechtsanspruch für Schulen in freier Trägerschaft mit Öffentlichkeitsrecht auf Abdeckung ihrer Kosten in Höhe der durchschnittlichen Kosten anderer Schulen sicherzustellen und zu ermöglichen. Gleichzeitig natürlich bei voller Autonomie für die Umsetzung der pädagogischen Inhalte, das ist das Wesen auch meines Antrages und das gehört dann auch in diesen Reformpaket dezidiert hineingeschrieben. Auch, und das möchte ich jetzt nur noch ganz kurz erwähnen, geht es darum, dass man Transparenz walten lassen, was die Schulförderung betrifft, das heißt, Fördersysteme einheitlich und durchschaubar zu regeln und ein weiteres Begehren wäre auch noch, dass man sich einmal anschaut dieses Konstrukt des Gastschulbeitrages an sprengelfremden Schulen, da gibt es ja sehr, sehr viele Ungereimtheiten, wo auch manche Gemeinden nicht bereit sind, entsprechend, wenn der Schulsprengel verlassen wird, für die Kinder zu zahlen. Das passiert mehr oder weniger auf freiwilliger Basis und da wäre es schön, wenn wir dem Beispiel auch anderer Länder Folge leisten würden, nämlich dem Prinzip, dass das Geld am Schüler haftet, Folge leistet, ich glaube, das wäre etwas, was gerecht wäre und wo man durchaus die Bezeichnung Bildungsscheck dafür heranziehen könnte.

Also diese drei Punkte beinhaltet mein Antrag, deshalb stelle ich auch diesen

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Bundes werden am Petitionswege aufgefordert, im Rahmen des zu beschließenden Bildungsreformpakets

1. die tatsächliche Herstellung einer Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft mit Öffentlichkeitsrecht mit öffentlichen Schulen zu gewährleisten,
2. das gegenwärtig geltende Subventionswesen im Bereich von Privatschulen dahingehend zu überarbeiten, dass vollkommene Transparenz gegeben ist,
3. die Einführung eines „Schulschecks“ nach dem Prinzip „Das Geld folgt dem Schüler“ zu prüfen und umzusetzen.

Ich bitte, das auch zu unterstützen und gebe noch einmal zu bedenken, dass es jetzt wirklich dringlich ist, weil der 17. November naht und wir sollten diese Petition, sofern sie heute beschlossen wird, relativ rasch auch nach Wien übermitteln. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch** zur Dringlichkeit: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist der Tag der Schulen und der Philosophen. Zur Dringlichkeit, wir sehen sie nicht gegeben, möchte aber schon hier festhalten, dass ich glaube, dass die privaten pädagogischen Einrichtungen in der Geschichte der Pädagogik einen großen Verdienst hatten, das glaube ich wirklich. In der Entwicklung einer modernen Pädagogik aus dem privaten Bereich stammen sehr viele wichtige Inhalte. Zum Beispiel von Maria Montessori, was die Kreativität betrifft, man kann das so und so sehen, aber die

Impulse waren da, sie werden bis heute diskutiert und gelebt. Rudolf Steiner, vielleicht Umgang mit der Natur, wobei ich nicht sagen muss, dass sein Konzept das rein selig machende ist, aber diese Impulse hat es eben aus dem privaten Bereich gegeben. Als ich in der Schule war, war es natürlich Pflicht in den 70er-Jahren, wo die meisten von Ihnen noch nicht auf der Welt waren, Summerhill zu lesen, das war natürlich ganz prägend, auch kein Zufall, dass viele meiner Generation auch Lehrer geworden sind. A.S. Neill hat den „Summerhill“, seine Form des Protestes gegen den Drill des englischen Schulalltags verwirklicht. Man darf nicht vergessen, dass es in England zum Beispiel bis vor wenigen Jahren noch die Prügelstrafe gegeben hat im öffentlichen Bereich. Die Kritik kam vor allem auch aus dem Privaten. Erwähne in diesem Zusammenhang auch den Titel „The Wall“ von Pink Floyd, die sich dieses Themas annehmen, ein Titel, der nach seiner Entstehung auf den Index gekommen ist. Ich möchte aber auch nicht vergessen, an einen ganz großen privaten Reformator zu erinnern, an Janus Kortschak, der mit seinen 200 jüdischen Waisenkindern in die Gaskammer der Nazis gegangen ist. Sie alle haben ihre Spuren in der heutigen Pädagogik hinterlassen, in der Ausbildung der Lehrerschaft, im Schulalltag, im Umgang miteinander und auch mit der Natur. Im Mittelpunkt soll der junge Mensch stehen mit seinen Bedürfnissen, Stärken und Schwächen, wobei die Förderung der Kreativität ein wichtiger Faktor ist. Das ist jetzt aus meiner Sicht in den öffentlichen Schulen angekommen, das sehen wir auch bei der Lehrerbildung, die sich natürlich deutlich nach vorne entwickelt hat. Heute geht es darum, das öffentliche Schulwesen weiter auszubauen, wo alle Kinder und Jugendlichen, ohne Schulgeld entrichten zu müssen, bestmöglich gefördert und unterstützt werden. Der Ausbau der ganztägigen Schulformen zum Beispiel wird immer wichtiger, auch bessere Bedingungen, ich höre schon auf, ich bin schon fertig, auch bessere Bedingungen für die Lehrerschaft sind wünschenswert und da bin ich mir nicht sicher, ob es an den privaten Schulen wirklich gegeben ist. Aber auch die öffentlichen Schulen wissen von der Käfighaltung im Konferenzzimmer. Daher von uns die Bitte um getrennte Abstimmung, dem Punkt 1

und 3 werden wir nicht zustimmen können, aber wenn es um Transparenz geht, Punkt 2, sind wir natürlich dabei. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Regierungsmitglieder, liebe Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen! Zu diesem Antrag der freiheitlichen Fraktion müssen wir, wollten wir auch schon die getrennte Abstimmung beantragen. Ich bin dankbar, Andreas, dass du das jetzt schon gemacht hast, auch wir werden dem zweiten Punkt zustimmen, gegen Transparenz kann man, glaube ich, hier nicht sein. Der Ausdruck Schulscheck allerdings und alles, was danach folgt und man sich da in etwa vorstellen kann, lässt mich eher erschauern als alles andere, muss ich sagen. Das wäre eine Liberalisierung im Bildungswesen, die kaum mehr in irgendeiner Weise inhaltlich kontrollierbar ist und es hat einen guten Grund, dass es Schulen gibt, die Öffentlichkeitsrecht haben, es ist wichtig, dass Schulen vom Ministerium auch danach geprüft werden, es ist wichtig, dass die Schulaufsicht im öffentlichen Bereich bleibt, es ist wichtig, dass das auch gewissen zentralen Regelungen unterliegt, ich bin auch dagegen, dass das zu den Ländern alles kommt, es ist wichtig, dass es hier Qualitätskriterien gibt, dass es Lehrpläne gibt, die für alle gelten und, wie gesagt, Ideen wie der Schulscheck dem werden wir auf keinen Fall zustimmen. Dem Punkt 2 können wir zustimmen. Wenn die FPÖ von Vielfalt und dem Ziel der Vielfalt spricht, dann kommen mir auch seltsame Bilder, die mit einer gewissen Zeitschrift wie dem Uhrturm zu tun hat, in den Sinn und die Vielfalt, wo dann plötzlich vom Ausdruck der Umvolkung die Rede ist, einem Ausdruck, der sehr eindeutig einer bestimmten Zeit, nämlich der des Nationalsozialismus, auch zuzuordnen ist, da kann ich das Wort Vielfalt nicht ernst nehmen und habe eher Angst vor dieser Art der Vielfalt, was auch immer ihr genau damit meint. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Es wurde jetzt schon sehr vieles gesagt. Gleich vorweg, wir stimmen der Dringlichkeit zu, wir stimmen ebenfalls dem Anspruch auf mehr Transparenz im Punkt 2 zu und zu den anderen Punkten ist zu sagen, es ist nicht so, dass das jetzt alles neu erfunden wird und auf dem Petitionswege nach Wien geschickt wird, sondern es gab bereits Versuche, die auch gescheitert sind, also das schwedische Schulsystem zum Beispiel hat ja auf diese Privatisierung umgestellt und es sind verschiedene Dinge passiert. Was ist passiert? Das eine war, dass man natürlich Gewinn machen konnte. Also wenn ich privatisiere, habe ich ein Interesse, auch Gewinn zu machen, das heißt, die Schlüssel wurden verändert. Da, wo in einer Allgemeinschule 8,1 Lehrer auf 100 Schüler kamen, kamen plötzlich nur noch fünf Lehrer auf einen Schüler, weil das halt einfach... oder eine Schülerin, Schlüssel wurden verändert. Ein zweiter Punkt war, dass wirklich auch Gewinn gemacht wurde und wie kann man eine Schule besser machen, indem die Schule bessere Noten hat. Das heißt, es wurden in Schweden einfach auch bessere Noten vergeben in privaten Schulen, um damit auszuweisen, dass die Schüler die besseren Schüler waren und man hat sich das dann in Studien noch angeschaut, wenn jene Schüler dann in andere Schulen wechselten, kam es zu Problemen, weil dann auf einmal die Benotung viel schlechter war. Am Start dieser Privatisierungsgeschichte in Schweden war Schweden unter den Top Ten in der Pisa-Bewertung, nachdem diese Privatisierungsgeschichte gelaufen ist, ist es auf Platz 38 abgerutscht und auch das schwedische Bildungssystem hat das für sich selbst in einer Weise als negativ bewertet, der Versuch ist gescheitert. Was auch interessant ist, ist, dass auch aus dem Nationalrat die Kollegen der freiheitlichen Partei mittlerweile ablehnend diesen Formulierungen gegenüberstehen, also die das auch in der Weise nicht mehr verlangen, weil die Negativa einfach überwiegen und was ich auch interessant finde ist, Sie bringen ja immer das Beispiel, wie gefährlich das ist, dass es zu irgendwelchen Radikalisierungen in kleinen Gruppen kommt oder wenn in den Moscheen Privatunterricht kommen sollte, wenn wir jemals eine Moschee haben sollten. Eigentlich wird diesen Formen von Möglichkeiten Tür und Tor geöffnet, wenn

Ihr Antrag durchgehen würde, weil dann nämlich diese Hoheit auf Bundesebene auslasst, die Kontrolle auslasst und eben letztendlich ein liberaler Wettbewerb bestimmend wird für das, was geschieht oder nicht geschieht in den Schulen. Das heißt noch einmal, Punkt 2 die Zustimmung, Punkt 1 und 3 wird von uns nicht unterstützt. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Ich möchte mich eigentlich nur bedanken einmal, dass diese Dringlichkeit in großen Teilen zugestanden wird. Ich kann natürlich umdrehen das Argument von vorher, wenn du uns vorwirfst, dass wir alles mit dem Ausländerthema argumentieren, dann sage ich, dass du auch solchen Dingen immer mit der Faschismuskeule begegnest und noch so kleinen Geschichten beziehungsweise völlig davon unabhängige Geschichten mit der Faschismuskeule begegnest. Soll so sein, aber entscheidend ist, glaube ich, dass auch vom Grazer Gemeinderat in Wien entsprechend dieses Vorhaben artikuliert wird, natürlich sind das einzelne Punkte, über die man getrennt diskutieren soll. Ich finde es halt schade, gerade beim Punkt 1, wenn man sich eben nicht durchringen, kann auch sich dazu bekennen, eine tatsächliche Herstellung einer Gleichbehandlung von Schulen in freier Trägerschaft mit Öffentlichkeitsrecht mit öffentlichen Schulen zu gewährleisten. Ich glaube, das wäre der Punkt, wo man sagen könnte, das wäre dann wirklich Vielfalt im Bildungssystem, ich glaube, das gilt es anzustreben. Aber wenn man sich einmal für Transparenz ausspricht, ist es der erste Schritt. Es gibt ja schon Petitionen in diesem Sinne, auch im Sinne des ersten Punktes, in Wien, die der Grazer Gemeinderat beschlossen hat, also insofern wundert mich das jetzt auf diese Abkehr der Linie, weil vor sechs Jahren ist es ja im Wesentlichen auch um das gegangen, auch vor zwei Jahren beim Kollegen Spath. Also insofern verstehe ich das nicht ganz. Ich hoffe, dass diese Petition auch früh genug in Wien ankommt und dass darüber auch noch einmal entsprechend intensiv diskutiert wird. Vielleicht bewirkt es was. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zum Antrag: Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller, geschätzte Damen und Herren! Die ÖVP wird dem Punkt 1 und dem Punkt 2 zustimmen konsequenterweise, weil vor allem auch mein Kollege Gerhard Spath schon so einen entsprechenden Antrag gestellt hat vor einiger Zeit, das heißt, ihr habt das Thema nicht erfunden, wir freuen uns, dass ihr das fortsetzt, dass es sehr wohl für Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht da eine Gleichstellung geben soll, dem Punkt 3 können wir nicht zustimmen. Weil den Schulscheck, das habt ihr, glaube ich, zu wenig durchgedacht. In welcher Höhe soll der ausgestellt werden? Es sind Schulformen unterschiedlich und bringen unterschiedliche Kosten mit sich. Wir wissen zum Beispiel, dass in der Neuen Mittelschule ein Platz um die Hälfte mehr kostet als in der AHS Unterstufe. Bitte soll jetzt dann in der Neuen Mittelschule sollen die Eltern dann dazuzahlen, weil der Scheck zu gering bemessen ist? Also die Scheckvariante bitte noch einmal zu überprüfen. Wir stimmen 1 und 2 zu und bei 3 dagegen.

GR. Mag. **Sippel**: Danke auf jeden Fall, auch im Namen der Eltern, Schüler und Lehrer, dafür. Was den Schulscheck betrifft, ich glaube nicht, dass wir uns jetzt die Gedanken machen müssen auf kommunaler Ebene, wie der ausgestaltet werden soll. Wir sind nur diejenigen, die die Probleme mit der momentanen Form auch erleben. Vielleicht jetzt gar nicht einmal so die Stadt Graz, aber im Umland gibt es diese Probleme natürlich sehr, sehr virulent und ich glaube, um den Anschluss geht es, dass man auch auf Bundesebene über die bisherige Form und die Möglichkeiten auch eines

Bildungsschecks oder egal, wie man es dann letztendlich nennt, nachdenkt und um das geht es uns im Punkt 3. Aber der geht jetzt eh nicht durch, danke auf jeden Fall für die Zustimmung in den vorhin diskutierten Punkten (*Applaus FPÖ*).

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Punkt 2 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

StR. **Hohensinner**, MBA: Somit kommen wir zum nächsten Antrag und da gibt es ein Ersuchen vom Antragsteller, nämlich der Antrag ist „Insolvente Werbeagentur – Maßnahmen der Stadt Graz“. Da gibt es das Ansuchen, dass der dringliche Antrag im nicht öffentlichen Teil behandelt wird. Wer stimmt diesem Anliegen zu? ich habe jetzt die Information bekommen und das habe ich ja auch eingangs so eingeleitet, dass wir trotzdem abstimmen. Es ist nach der Geschäftsordnung so vorgesehen, dass ein solcher Antrag im nicht öffentlichen Teil behandelt wird. Trotzdem, wenn ein Antrag gestellt wird, muss er formal so abgestimmt werden, diese Information habe ich jetzt bekommen. Bitte, Herr Klubobmann, zur Geschäftsordnung.

GR. Mag. **Sippel**: Ich möchte trotzdem die Optik vermeiden, dass wir jetzt sozusagen das nicht öffentlich debattiert haben. Uns wäre es lieber, wir würden das öffentlich

diskutieren. Nur wir haben das auf Anraten auch mit dem Zusatz versehen, in den nicht öffentlichen Teil zu verlegen und wir haben jetzt natürlich da auch uns entsprechend, was das Stimmverhalten betrifft, so verhalten, aber ich möchte nicht, dass das so aussieht, dass wir das nicht öffentlich debattiert haben wollen, das möchte ich da festhalten. Es geht laut Geschäftsordnung anscheinend nicht anders und deswegen steht das auch am Antrag oben. Uns wäre es lieber anders, das wollte ich da nur festgehalten haben.

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich bringe jetzt den Antrag zur Abstimmung. Trotzdem der Antrag steht, dass dieser dringliche Antrag im nicht öffentlichen Teil behandelt wird. Ich bitte den Antragsteller.

Der Antrag um Diskussion im nicht öffentlichen Teil wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und SPÖ) abgelehnt.

8) Insolvente Werbeagentur des Bürgermeisters – Maßnahmen der Stadt Graz

GR. **Hötzl** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Kurz bevor ich zu meinem dringlichen Antrag komme, erlauben Sie mir bitte eine kurze Replik auf den Gemeinderat Klaus Frölich von vor zwei Stunden. Klaus, im persönlichen Gespräch bist du sehr freundlich, in der Diskussion, und das habe ich dir bisher immer sehr hoch angerechnet, bist du immer sehr sachlich. Kaum hier am Rednerpult angekommen, kommt von eurer Seite

im Fall des Falles nämlich dann, wenn es euch sehr unangenehm wird, und das war heute schon einmal der Fall, immer sehr untergriffige, unsachliche und immer sehr persönliche Anwürfe. Das war heute nicht nur bei mir der Fall, sondern auch bei meiner Kollegin Gemeinderätin Mag.^a Schleicher, die vom Stadtrat Kurt Hohensinner, der jetzt den Vorsitz hat, sehr untergriffig behandelt wurde. Das reflexartige Hinbeißen ist wohl ÖVP-typisch und da kommst auch du nicht aus den alten Mustern heraus, Klaus, deshalb möchte ich es dir nachsehen, aber keiner Sorge, wir sind dieses raue Klima von eurer Seite her gewohnt und diesbezüglich sehr leidensfähig (*Applaus FPÖ*).

Jetzt zu meinem Antrag. Ich denke wohl, dass der Herr Bürgermeister zuhört. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie durchleben wohl eine schwere Zeit. Gerade heute konnten Sie für die Reininghaus-Investoren ein Millionengeschenk leider nicht durch den Gemeinderat durchpeitschen, weil hier eben nicht, so wie Gemeinderat Klaus Frölich meint, alle hier Anwesenden inkompetent und dumm sind...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hötzl:** ...danke, das ist sehr lieb von dir, aber nach dem Antrag werdet es eher ihr brauchen... sondern genau das Gegenteil ist hier der Fall. Die Gemeinderäte sind sehr hellwach und passen eben doch auf, welche Anträge eingebracht werden und deshalb ist dieses Reininghaus-Stück heute leider nicht durchgegangen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Hötzl**: Da war der Informationsstand ein völlig anderer, weil ihr leider uns fehlinformiert habt, aber dieses gesunde Misstrauen, genau dieses gesunde Misstrauen führt uns zu diesem Antrag, weil wir ein Misstrauen haben. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Das Unternehmen Ihrer engsten Beraterin ist insolvent, gegen Ihren Stadtparteigeschäftsführer wird wegen illegaler Parteienfinanzierung aktuell ermittelt. Zufällig ist es auch im Telekom-Skandal genau diese Firma, die ebenfalls unter Verdacht steht und genau diese Firma erhielt jahrelang das Geld der Grazer Steuerzahler. Offenbar auf Ihr Vermitteln hin. Ohne auf die politische Dimension, die zweifelsohne hier ist, eingehen zu wollen, geht es heute einzig und allein um das Wohl der Grazer Bürger. Deshalb müssen wir gemeinsam hier und heute dafür Sorge tragen, dass die Grazer Bevölkerung keinen Schaden an den aktuellen Entwicklungen rund um die Werbeagentur des Grazer Bürgermeisters und der Grazer ÖVP nimmt. Die Anmeldefrist im gegenständlichen Insolvenzverfahren endet am 16.11., also erübrigt sich, glaube ich, jede Diskussion, ob dieser dringliche Antrag auch eine Dringlichkeit erhalten wird.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Stadt Graz zieht sich aufgrund des anhängigen Insolvenzverfahrens der vorgenannten Werbeagentur als Partner der URBAN FUTURE 2016 zurück, um die Gläubigerinteressen zu wahren.

2. Beteiligungsreferent Stadtrat Rüschi wird beauftragt, dieselben Maßnahmen in der Holding anzuregen.

3. Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz – gegebenenfalls unter Einbindung des Stadtrechnungshofes – beauftragt, unverzüglich festzustellen, ob und in welcher Höhe Forderungen gegenüber besagtem Unternehmen bestehen. So dies der Fall sein sollte, werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt, diese Forderungen im Insolvenzverfahren auch zu beanspruchen.

Und an Herrn Dr. Wohlfahrt von den Grünen möchte ich an dieser Stelle gleich auch mitteilen, dass wir Ihren Abänderungsantrag auch mittragen werden, weil er eben unsere Forderungen mehr oder weniger noch detaillierter ausformuliert und selbstverständlich unterstützenswert ist. Bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Herr Stadtrat, sehr geehrter Antragsteller! Betont höflich, damit er weiter mit mir spricht, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin nicht sicher, ob die Dringlichkeit zustande kommt, daher möchte ich auf zwei Punkte in dem Motivenbericht eingehen. Das eine ist ein Punkt, der mir, weil ich ja immer sehr sachlich bin, der mich einfach stört, das ist dieser Hinweis, dass man 200 Millionen neue Schulden aufgenommen haben und der arme Herr Stadtrat nicht ruhig schlafen kann. Dem ist nicht so, diese Geschichte mit den 200 Millionen, das hast du heute aus den Erläuterungen des Herrn Finanzdirektors gehört, ist einfach so, dass hier diese 200 Millionen aufgrund der Marktsituation beantragt werden, damit sie dann, sollten sie abgerufen werden können, innerhalb kürzester Frist auch abgerufen werden können. Wir haben heute auch den Hinweis bekommen, dass keine Tranche dieser 200 Millionen, wenn sie uns zugesagt sind, wenn uns dieser Rahmen zugesagt wird, vermutlich dieses Jahr keine Tranche in Anspruch genommen werden kann. Selbst

wenn die 200 Millionen in Anspruch genommen werden würden, wird durch die Sachverständigenabhandlung der Finanzdirektion, die das unglaublich professionell das Cash-Management macht, könnten theoretisch diese 200 Millionen auch zur Tilgung anderer Verbindlichkeiten verwendet werden, weil das einfach aufgrund der Marktsituation jetzt günstig ist. Also dann würde es keine Neuverschuldung bedeuten, sondern einfach eine Umschichtung. Es wird den Antrag der Grünen geben, den wir gerne unterstützen werden, weil er einfach dazu beiträgt, hier Detailinformationen uns noch zu liefern und wir dann im nächsten oder übernächsten Gemeinderat sehr gut auch über Ziffern und Zahlen, die mir bereits vorliegen, weil ich einfach recherchiert habe, können wir dann sprechen. Was mir besonders wichtig ist, ist, dass einfach diese Veranstaltung, dass diese Urban-Future-Veranstaltung entsprechend wertgeschätzt wird, denn immerhin handelt es sich da um eine Veranstaltung, die für Graz... also eine der größten Veranstaltungen dieser Art mit 1.014 Teilnehmern aus 43 Nationen, Vertretern aus 250 Städten, viele von euch waren dort, ich nehme an, dass viele von euch dort waren, den Christoph habe ich nicht gesehen, wie auch immer, Graz war ausgebucht, 2000 Nächtigungen, die Konferenz war... die Flüge nach Graz waren ausgebucht und die Veranstaltung hat den Congress Award 2014 bekommen, nicht von irgendwem, sondern von einer hochkarätigen Jury, in der sich sämtliche Rektoren der Grazer Universitäten und der Fachhochschulen befinden, die sehr unverdächtig sind. Also eine der tollsten Veranstaltungen in dieser Art, die es gibt in Europa und die einfach so sozusagen aus politischem Kleingeld, um politisches Kleingeld zu machen, aufs Spiel zu setzen und zu sagen, nein, das machen wir nicht mehr, weil da könnte ja irgendwer mit irgendwem irgendwas zu tun haben, das halte ich für die falsche Vorgehensweise. Wir werden gerne über weitere Facts und über weitere Ziffern dann diskutieren, wenn diese Umsetzung erfolgt. Von dem Antrag, den der Gerhard Wohlfahrt heute noch einbringen wird, und ich hoffe sehr, dass es die Urban Future Global Konferenz auch 2016 geben wird, die Planungen sind im Laufen und ich bin sehr zuversichtlich, dass es wieder ein sehr toller Kongress in Graz wird. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Keine Sorge, ich werde kein Liedchen singen, auch wenn es die FPÖ schreibt. Manches, was die FPÖ schreibt, stimmt halt nicht. Dazu gleich einiges vorweg. Manchmal ist es schon gut und angenehm, wenn die FPÖ auch irgendwo noch die Zeichen der Zeit erkennt, zum Beispiel heute bei Reininghaus, und sich dann noch guten Meinungen anschließt und hier durchaus was wechselt. Andererseits, es stimmt mich schon sehr nachdenklich, wenn im Zusammenhang mit Korruption in weiterem Sinne, mit Parteienfinanzierung, auch mit Finanzpolitik, wie es der Klaus Frölich vorher gesagt hat, die 200 Millionen, die uns... das macht mich nicht ganz glücklich, ich sage es ganz ehrlich. Vielleicht kann man es das nächste Mal auch lassen. Wir haben unseren Zugang zu Transparenz und Parteienfinanzierung, ich glaube, der unterscheidet uns sehr von der FPÖ und das, glaube ich gehört hier klärend vorweg gesagt. Zur Sache selber, ja, ich glaube, es ist dringlich auch gemeinsam mit der FPÖ, auch wenn der Antrag von der FPÖ kommt, es geht hier hin zum Nachschauen, wir werden die Dringlichkeit unterstützen, ich habe den Antrag, aber nicht in Absprache, aber jetzt im Nachhinein, glaube ich, zur Zufriedenheit vieler durchaus abgeändert, weil die erste Idee, hier sehr voreilig Schlüsse zu ziehen, deren Auswirkungen ich selbst nicht ganz verstanden hätte, weil ich auch die Informationslage nicht habe, es fehlt auch die Transparenz, das hätte bedingt Sinn gemacht, ich glaube, das, was ich oder wir gemeinsam jetzt auf die Reise schicken, macht Sinn. Wir müssen genau wissen, was für Konsequenzen hätte das, wie schaut die Sache aus und dann, glaube ich, können wir in der nächsten Sitzung gut entscheiden. Also danke für die Unterstützung meines Abänderers. Zum Insolvenzverfahren selbst, es wäre schon sehr spannend... also es kommt eh im dritten Punkt, die Forderungen der Stadt an die Firma täten mich schon sehr interessieren, deswegen auch im Zusatzantrag nicht nur das, was eh selbstverständlich ist, sämtliche offene Forderungen sind anzumelden. Ich glaube, wir könnten uns dann bewusst in nicht öffentlicher Sitzung vorlegen lassen, wie viele Forderungen hat denn die Stadt

und unsere Beteiligung an diese Firma, muss man nachschauen, ich kann es nicht beurteilen, ich weiß es im Moment nicht, aber es würde mich sehr interessieren, es würde mich natürlich auch die anderen Seiten da interessieren für das Insolvenzverfahren, wer stellt denn noch Forderungen, will auch die Telekom Gelder zurück haben, die vielleicht zu Unrecht bezahlt worden sind, das werden wir nicht im Gemeinderat diskutieren, spannend wäre es schon. Es wäre auch spannend, warum diese Firma in Konkurs gegangen ist, wer zahlt denn da nicht, wer sind denn die großen Kunden, die hier nicht zahlen, auch das wäre sehr spannend, aber das können wir nicht da und jetzt diskutieren, aber ein bisschen mehr Transparenz, ein bisschen mehr Information wäre super. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Auch unsere Fraktion wird der Dringlichkeit zustimmen und wir werden auch dann dem Abänderungsantrag vom Kollegen Wohlfahrt folgen. Auch im Hinblick darauf, dass Transparenz, glaube ich, da im Gemeinderat ja schon sehr oft diskutiert wurde. Auch ich habe im letzten Gemeinderat zu diesem Thema einen Antrag gestellt und wir glauben schon, dass Transparenz ein Gebot der Stunde ist und dass Bürgerinnen und Bürger auf jeden Fall das Recht haben zu wissen, was mit ihren Steuergeldern gemacht wird. Zur konkreten Causa, wir wissen ja alle, dass man über die Urban Future Konferenz auch im Rechnungshofausschuss schon einmal diskutiert haben, also deshalb ist auch in dem Zusammenhang, glaube ich, wichtig, dass man da die Transparenz voll und ganz auf den Tisch legen. Zum Antrag selber muss ich sagen, über den Motivenbericht möchte ich mich gar nicht näher äußern, für mich ist es bei Weitem zu dick aufgetragen und eigentlich entbehrlich und es ist schade, dass er mit irgendwelchen untergriffigen Provokationen gespickt ist, weil es dann die Sache irgendwo wieder in die falsche Richtung trägt. Wir warten auf den Bericht und dann können wir eh weiterdiskutieren. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Also wir werden der Dringlichkeit unsere Zustimmung geben, aber ich möchte anmerken, dass wir nur das Interesse haben also im Zusammenhang mit der Stadt Graz. Gibt es Forderungen für die Stadt Graz, offene, das ist ganz wichtig und wir sind auch der Meinung, dass der Stadtrechnungshof da sich das anschauen soll, aber eine Insolvenz eines Unternehmens ist eine Insolvenz und ich denke, wir können hier nur, wenn wir Gläubiger sind, diese Dinge hier klären und was die Urban Future Konferenz betrifft, sind wir ebenfalls der Meinung, so wie es im Abänderungsantrag der Grünen formuliert ist, dass wir hier noch einmal anschauen wollen, welche... also da geht es eigentlich jetzt grundsätzlich um diese Konferenz, wie weit sie den Nutzen hat und wie wir da weiterhin umgehen werden, das finden wir so in Ordnung. Aus dem Grund werden wir der Dringlichkeit zustimmen, und auch dem Abänderungsantrag der Grünen (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hötzl**: Ich möchte nur ganz kurz auf die einzelnen Wortmeldungen, wirklich nur ganz kurz, eingehen. Klaus, danke für ein Kurzreferat, wie man budgettechnisch eine Schuld als Nichtschuld im Budget darstellen kann und danke auch für die Beruhigung, dass man die 200 Millionen oder auch zumindest einen Teil davon erst in ein paar Monaten als Schuld da haben werden. Wir haben die Botschaft verstanden. Herr Dr. Wohlfahrt, danke auch für Ihre teilweisen Lobesworte für unseren Antrag, wir stehen da nicht an, wenn Sie sagen, wenn die Grünen einen gute Antrag haben, der inhaltlich für uns in Ordnung geht, dass wir da ohne Seitenhieb einfach sagen, Antrag ist gut, stimmen wir mit. Wir haben da weniger Berührungsängste als die von Ihrer Seite da kommen, deshalb auch noch einmal die Wiederholung, wir stimmen Ihrem Antrag vollkommen zu, ohne Seitenhieb, ohne nichts. Und Gerald Haßler, auch von deiner Seite ein bisschen halbherzig und weichgespült, aber trotzdem, ich glaube, du hast es

auch verstanden, dass eine Abklärung oder mehrere Informationen vielleicht noch fällig sind und danke dass du bei uns mitgehst. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde einstimmig angenommen.

9) Erarbeitung von Maßnahmen zum Schutz von AnrainerInnen vor Baulärmbelastung und Staubemissionen

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Herr Vorsitzender! Es geht um Erarbeitung von Maßnahmen zum Schutz von AnrainerInnen vor Baulärmbelastung und Staubemissionen. Wir befinden uns in der Situation, dass wir sehr rege intensive Bautätigkeiten in der gesamten Grazer Stadt haben. Wir wachsen, wir nehmen jedes Jahr an Bevölkerung netto zu, sehr stark zu, es gibt natürlich den Bedarf neuen Wohnraums beziehungsweise auch andere entsprechende Bauten im Bereich Geschäftsbauten etc. zu machen, Um- und Zubauten kommen dazu. Das führt naturgemäß, nachdem wir das ja nicht auf der grünen Wiese tun oder vorwiegend nicht auf der grünen Wiese tun, sondern im Sinne der Nachverdichtung und Überbauung der gewachsenen Stadt, das führt natürlich auch zu gewissen Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner in der Nachbarschaft von solchen Baustellen. Das ist zu akzeptieren, solange das in einem gewissen Rahmen abläuft. Nur wenn sich dann, so wie in den letzten Monaten E-Mails, Anrufe, Beschwerden aller Art häufen bei BezirksrätInnen von uns, wahrscheinlich auch von anderen Fraktionen und natürlich bei uns im Klub und bei mir persönlich, wo von nächtlichen Schleifarbeiten berichtet wird, wo von Erdaushubarbeiten so gegen

Mitternacht berichtet wird und ähnlichen Dingen mehr, steht ein bisschen etwas darüber im Motiventext, dann ist das nicht mehr ganz nachvollziehbar. Es geht hier nicht darum, dass es unter Umständen Tätigkeiten gibt, die aufgrund der Qualität, zum Beispiel eine Estrich-Verlegung usw., einer gewissen zeitlichen Nachfolge und einem gewissen Hintereinander erfolgen müssen, es geht, wie gesagt, bei Erdaushubarbeiten ganz sicher auch darum, dass das gerade halt so bestellt worden ist, dass ein gewisser Fertigstellungsdruck da ist. Der Antrag zielt natürlich auch nicht darauf ab, dass man Wirtschaft und Arbeitsmarkt beziehungsweise Arbeitsplätze attackiert, er zielt darauf ab, dass das Miteinander zwischen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten, den Interessen der Bauwirtschaft beziehungsweise auch den städtischen Interessen, dass hier etwas gebaut wird, passieren, aber dass die anwohnende Bevölkerung das auch gut er- und vertragen kann und um das geht es im Großen und Ganzen. Das heißt, Nachtruhe nicht zu stören, ist etwa eine Sache, die das betrifft, oder wenn es im Sommer tagelang 36 Grad und mehr hat tagsüber und nachts nicht viel weniger, dass man da auch das Fenster aufmachen kann und nicht es zumachen muss, weil eben Schleifarbeiten um zwei Uhr in der Früh passieren. Ich habe mich ein bisschen im Vorfeld in die Recherche begeben, habe festgestellt, dass Innsbruck zum Beispiel über eine Tiroler Landesverordnung hier ein sehr gutes Maßnahmenpaket mit Verordnungscharakter hat, ich habe auch gesehen, dass in Wien da eine dementsprechende Verordnung, Informationsfolder, Kommunikation auf der Homepage der Stadt Wien oder so ein Folder eben vorhanden sind und klare Regeln und Ausnahmeregeln da sind. Wien hat auch eine sogenannte Beschwerdeline und ich sage gleich dazu, die ist nicht rund um die Uhr besetzt, die ist nicht an Wochenenden und Feiertagen besetzt, die ist zu ganz normalen Büro- und Tageszeiten besetzt, aber man findet sie, wie gesagt, auf diesem Folder oder eben auf der Homepage und man weiß, dort kann ich anrufen beim Magistrat in Wien und vermelden, dass irgendwo eine Sache passiert, die sehr fragwürdig ist.

Wir können, so unsere Auskunft durch die Magistratsdirektion und durch die JuristInnen, keine Verordnung in diesem Sinne angehen, aber wir können natürlich

veranlassen und versuchen, einen Maßnahmenkatalog mit gewissen Vorschriften und natürlich auch mit Ausnahmen von diesen Vorschriften anzugehen und dahingehend zielt mein dringlicher Antrag ab, der sich aus zwei Punkten zusammensetzt. Der erste Punkt ist, die für die Bau- und Anlagenbehörde zuständige Stadträtin Elke Kahr wird beauftragt, unter Einbeziehung der fachlich befassen Ämter und Abteilungen, das sind meines Erachtens Baudirektion, Stadtplanung, Umweltamt, unter Umständen weitere, zu prüfen, welche geeigneten Maßnahmen für den Schutz von Anrainerinnen und Anrainern vor starkem Baulärm beziehungsweise vor vergleichbaren belastenden Emissionen durch Bautätigkeiten gesetzt werden können. Ein entsprechender Maßnahmenkatalog ist dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung sowie dem Ausschuss für Umwelt und Gesundheit bis Jänner 2016 vorzulegen. Zweitens, nämlich die Idee von Wien auch, weiters wird Stadträtin Elke Kahr ersucht zu prüfen, ob eine BürgerInnen-Hotline für Anliegen, Anfragen und Beschwerden in der Zuständigkeit der Bau- und Anlagenbehörde eingerichtet werden kann. Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 17.10 Uhr den Vorsitz.

StR.ⁱⁿ **Kahr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl Dreisiebner! Gleich vorweg, wir werden der Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt, aus dem ganz einfachen Grund. Wir unterhalten uns da auf unterschiedlichsten Ebenen, sei es jetzt Verkehrslärm, sei es jetzt Veranstaltungslärm und selbstverständlich ist der Lärm, der von Großbaustellen, egal ob es jetzt um Straßensanierungen geht oder auch bei Baustellen, vor allem, wenn sie lang andauern, eine immense Belastung für die Anrainerschaft. Das ist unseren Kolleginnen und

Kollegen auch bei der Bau- und Anlagenbehörde und unseren Baukontrolloren auch bewusst. Es gibt einen Maßnahmenkatalog, das wisst ihr, das wird auch den Bauherren und den Bauträgern so genau vorgeschrieben, also auch was das ganze Aushubmaterial, dass man das benässen muss, also das haben wir einmal in einer Anfragebeantwortung sehr ausführlich beantwortet. Was vollkommen richtig ist, ist, dass die Arbeiten, also die Baustellen, zunehmen und es heuer vor allem zu sehr vielen Beschwerden der Bewohnerschaft gekommen ist, das ist natürlich logischerweise auch in unserem Büro gelandet und das war auch mit ein Grund, das weiß ich jetzt nicht, ob das hier alle im Gemeinderat wissen und auch du, deshalb haben wir jetzt auch in den Baubewilligungsbescheiden ganz klare Baustellenzeiten festgelegt. Das ist das erste Mal jetzt in diesem Sommer geschehen, weil das ein Ausmaß angenommen hat, nämlich die Überschreitungen, wo es auch nicht zulässig ist, festgelegt und das ist von 6.00 bis 19.00 Uhr. Es gibt aber Ausnahmen, die auch, wenn wir dann in einer Runde darüber sprechen, das möchte ich aber vorab jetzt nur sagen und da muss man natürlich auch auf jene horchen, sage ich jetzt sozusagen, die die Arbeit verrichten, zum Beispiel bei Tiefgaragenausbauten müssen die Arbeiten in einem Zug verrichtet werden, das kann über die Nacht passieren, da wird es wahrscheinlich, sage ich jetzt, auch weiterhin Ausnahmen geben müssen, um nur ein Beispiel zu nennen. Auf jeden Fall werden wir gerne so einen runden Tisch einberufen, um einfach zu schauen, wo es noch Nachjustierungen und Verbesserungen geben kann. Der zweite Punkt, da bin ich dir sehr dankbar, dass du gesagt hast, nicht rund um die Uhr, ich habe mit der Hotline überhaupt kein Problem, auch rund um die Uhr, weil wir haben unseren Mieternotruf ja auch bis 22.00 Uhr, der KPÖ, angeboten. Aber das stellt schon eine gewisse Herausforderung, nämlich A) sehr viel Kenntnis, weil das ist noch immer etwas, merke ich auch bei vielen KollegInnen, bei Bezirksräten und erst recht tun sich die Bewohner dann schwer, die Bau- und Anklagebehörde als Gesamtes, ich bin ja nur für einen Teil zuständig. Mein Kollege, der Herr Stadtrat Eustacchio, ist ja auch für einen großen Teil zuständig und erst heute hat mir eine Kollegin etwas gegeben, was ich erledigen soll, wo bei ihm aber die Zuständigkeit ist, das heißt, ich muss ihn da natürlich

erstens ins Boot holen, mein Wunsch ist es ja schon lange, weil wie du dich erinnern kannst, es war eine unserer ersten Forderungen, dass wir eben ein Beschwerdemanagement oder die Anlagenbehörde so eine Hotline einrichten. Erfordert aber Personal und finanzielle Ressourcen. Wenn uns das gelingt, dann können wir das auch im kommenden Jahr umsetzen. Ich hoffe, dass wir das bis zum Jänner schaffen, wir peilen es an, wenn es der Februar wird, hoffe ich, dass das keine Tragödie wird. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Frau Stadträtin, liebe Elke Kahr! Vielen Dank für deine positiven Signale im Sinne der Antragstellung beziehungsweise natürlich auch im Sinne der Bevölkerung. Ich weiß, dass es diese Festlegungen in den Bescheiden gibt, aber die haben halt leider im gewissen Maß eher einen Empfehlungscharakter und ich weiß natürlich, danke für deinen Hinweis auf die Errichtung von Tiefgaragen und Ähnlichem mehr, wo in einem Zug gearbeitet werden muss, war mir so im Detail nicht bekannt. Ja, vielleicht kann man da auch ein Info-Management für AnrainerInnen in einem gewissen Umraum von Straßen-Geviert oder in Metern ausgedrückt in den Baubescheid hineinnehmen, das wären zum Beispiel solche Dinge, die da passieren. Und zur Frage Hotline und Personalressourcen und natürlich Fachkenntnis, natürlich ist es immer alles eine Frage von Ressourcen und Personal, ich hoffe aber, und ich traue dir zu, dass du das gut über die Bühne bringst und da gut verhandelst, danke für deine Unterstützung (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Gemeinsam Feinstaub- und NO₂-Belastung in Graz bekämpfen

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens von Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Wir haben Oktober und die Feinstaubsaison hat wieder gestartet, leider, muss man sagen. Ich habe mich in meinem Dringlichen diesmal sehr intensiv mit dem Thema NO₂, also Stickstoffdioxide, auseinandergesetzt. Unter anderem auch deshalb, weil wir im August die ersten Meldungen in den Zeitungen gesehen haben, dass die EU ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der regelmäßigen Überschreitung der NO₂-Belastung in Österreich und im Großraum Graz überlegt. In Deutschland gab es bereits solche Fälle und es sind dort wirklich drastische Maßnahmen angedroht worden, nämlich zum Beispiel sektorale Fahrverbote für Dieselfahrzeuge. Warum Dieselfahrzeuge? Es hat sich eben gezeigt in den letzten Jahren in mehreren Untersuchungen, dass der Dieselboom, der derzeit in Österreich herrscht, massiv mitverantwortlich ist für die schlechte Luftqualität, besonders für die NO₂-Belastung. Wir alle haben es mitbekommen den VW-Skandal und wie das wirklich ist mit den Messungen, die sozusagen im Testbetrieb vonstattengehen und jenen Messungen, die dann erfolgen oder jenen Abgasemissionen, die dann erfolgen, wenn die Fahrzeuge tatsächlich fahren. Da gab es ein sehr interessantes Interview mit Jürgen Resch von der deutschen Umwelthilfe im Ö1 Mittagsjournal, der das erklärt hat, dass die Kats im Normalbetrieb ausgeschaltet waren. Das heißt, die sind einfach herumgefahren, diese Dieselfahrzeuge, momentan wissen wir, dass es Marken wie VW, Audi, Seat und Skoda betrifft, die sind einfach so herumgefahren, als hätten sie keinen Kat und nur im Testbetrieb war dieser Kat überhaupt in Funktion. Ich möchte aber noch anmerken, dass ich glaube, dass das auch bei anderen Automarken so ist und wir wissen das bloß noch nicht und es wird wahrscheinlich dann auch in den nächsten Monaten herauskommen. Der Herr Resch hat das sehr drastisch formuliert,

er hat nämlich gesagt, unsere Innenstädte werden mit giftigem Gas geflutet. In der Steiermark ist die Situation so, dass 56 % der neu zugelassenen Pkw mit Diesel fahren, ein Grund dafür ist sicher auch, dass Diesel in Österreich niedriger besteuert wird als Benzin. Bereits vor einem Jahr hat der VCÖ, also der Verkehrsclub Österreich, auch eine internationale Studie präsentiert und eben gezeigt, dass zum Beispiel bei der EU-Abgasnorm Euro 6 statt der erlaubten 80 Milligramm je Kilometer NO₂ 560 Milligramm pro Kilometer ausgestoßen werden und es gab ein Fahrzeug in diesem Test, wo es sogar so war, dass die angegebene Emission um das 23,5-fache überschritten wurde. Also das sind Zustände, die hätten wir uns alle nicht vorstellen können, die sind jetzt ans Licht gekommen und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Eine Auswirkung davon, und das ist sicher schon allen aufgefallen, ist, dass der 100er im Rahmen von Immissionsschutzgesetz Luft auf der Südautobahn auf der Pyhrnautobahn fünfmal sooft leuchtet wie früher, das ist eine Maßnahme auf Basis der Stuserhebung Stickoxid entlang des steirischen Autobahnnetzes, eine Maßnahme, die das Land Steiermark gesetzt hat. Vielleicht noch kurz zu den Daten. Mit Stand 20. Oktober heurigen Jahres gab es bei Feinstaub in Don Bosco bereits 31, in Graz Süd 32 und in Graz Ost 29 Überschreitungstage von erlaubten 25. Bei der NO₂-Belastung ist es so, dass wir einen Monatsmittelwert hochgerechnet haben und dass wir davon ausgehen können, dass wir 2015 beim Jahresmittelwert über dem erlaubten Grenzwert liegen werden. Alle Modelle der NO_x-Belastung zeigen ganz klar, dass der dominierende Beitrag bei den Stickstoffdioxiden in den Straßenverkehrsemissionen liegt, das heißt, aus dem Straßenverkehr eben ausgestoßen wird. Wir haben uns vor rund zwei Jahren, damals noch mit vielen neuen KollegInnen im Gemeinderat, intensiv mit der Situation auseinandergesetzt, wir haben damals im Rahmen des 6. Maßnahmenplanes Feinstaub und Stickoxide mehrere Sitzungen damit verbracht, Maßnahmen zu diskutieren, auch Maßnahmen beim motorisierten Individualverkehr, leider sind wir damals zu keinem Konsens gekommen. Ich glaube aber, dass sich in der Zwischenzeit einiges geändert hat, dass wir alle gehört haben, dass wir mit technischen Verbesserungen bei den Kfz das nicht in den Griff bekommen werden. Wir sehen, dass die Gesundheit der

Grazerinnen und Grazer wirklich bedroht ist von den anhaltenden starken Emissionen und daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen,

1. Bürgermeister Siegfried Nagl wird ersucht, ehebaldigst eine Stadtregierungssitzung einzuberufen, die sich mit der NO₂-Problematik auseinandersetzt und mögliche Maßnahmen zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs – wie sie bereits im „6. Maßnahmenplan Feinstaub und Stickoxide“ vorgeschlagen wurden – diskutiert und dem Gemeinderat zur Umsetzung vorschlägt.
2. Bürgermeister Nagl wird ersucht, die Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit zu beauftragen, die Grazer Bevölkerung über ihre Medien über die gesundheitlichen Gefahren von NO₂ sowie über Alternativen zum Auto im Stadtverkehr und Angebote der Stadt im Bereich ÖV zu informieren.
3. Die Stadt Graz möge per Schreiben an die Bundesregierung mit dem Ersuchen herantreten, die niedrigere Besteuerung von Diesel-Pkw zu beenden. Da möchte ich mich gleich für den Abänderungsantrag von der SPÖ bedanken, den wir natürlich auch sehr gerne unterstützen werden.
4. Die Stadt Graz und ihre Beteiligungen mögen im Sinne einer Vorbildwirkung in Hinkunft möglichst auf die Anschaffung von Diesel-Pkw verzichten.

Ich bitte um Annahme (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzte Zuhörer und Zuhörerinnen! Wieder einmal ich

heute. Liebe Andrea! Vielen Dank für diesen Antrag, den wir natürlich für dringlich erachten, ich glaube, er ist überdringlich, dass wir uns jetzt am Beginn des Herbstes oder mitten drinnen eigentlich mit diesem Thema wieder beschäftigen. Es ist in den letzten zwei Jahren leider außer ein paar Mal den Beginn der Diskussion dann doch nicht das ganz Große passiert, was wir uns auch immer wieder gewünscht hätten und im Umweltausschuss auch immer wieder auch diskutiert haben. Wir können diesem Antrag zustimmen, wir hätten nur bei einem Punkt, und zwar beim Punkt 3, einen Abänderungsantrag oder wir haben einen Abänderungsantrag, um genau zu sein. Da geht es hier darum, sich an die Bundesregierung zu wenden mit dem Ersuchen, die Dieseltreibstoffe höher zu besteuern, allerdings sind wir hier nicht nur für eine höhere Besteuerung, sondern dass diese Mehreinnahmen auch zweckgebunden in die Kommunen, also in die österreichischen Städte und Gemeinden, zurückfließen und hier zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs zur Verfügung gestellt werden sollen. Also dass diese Mehreinnahmen nicht irgendwo im Bundesbudget versickern, sondern dass die zweckgebunden für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, eine ganz, ganz wichtigen Geschichte, die wir auch brauchen, um die Zahl der Menschen in Graz zu reduzieren, die eben nach wie vor mit dem eigenen Pkw herumfahren und damit auch natürlich die Luftqualität weiterhin verschlechtern. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf den Vorsitz wieder übernehmen und vielleicht auch anmerken, dass ich dem Gemeinderat jetzt leider einige Zeit fernbleiben musste, weil es ein paar dringliche Angelegenheiten gegeben hat, vor allem den dringlichen Umstand, dass in Slowenien etwa 12.000 Flüchtlinge sich in Richtung österreichische Grenze bewegen und wir auch einmal versucht haben, uns darauf vorzubereiten. Vor allem, was auch Quartiersuche etc. anbelangt, das stellt sich nicht ganz so einfach dar und jetzt war ich auch noch bei einer Generalversammlung und möchte auch dazusagen, dass ich heute dem Gemeinderat um 17.45 Uhr verlassen muss, weil ich

gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann, mit dem Herrn Bundesminister Klug bei der Angelobung in Eggenberg wieder auch sprechen werde. Bitte mich da auch zu entschuldigen.

GR. Ing. **Topf**: Werter Herr Bürgermeister, werte Antragstellerin, lieber Gemeinderat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Wieder ein Feinstaubantrag, schon wie im Februar des heurigen Jahres, auch wieder von der Kollegin Pavlovec-Meixner vorgetragen und ich denke schon, dass in den beiden ersten Punkten, wiederum eigentlich jetzt schon für alles in Graz zuständig, der Herr Bürgermeister angesprochen wird. Also das stimmt mich schon etwas verwunderlich, dass der Herr Bürgermeister trotzdem, dass wir in Graz doch Ressortzuständigkeiten haben, für alles beinahe, für alle Agenden der Herr Bürgermeister immer wieder angesprochen wird und es ist schon verwunderlich, dass Frau Kollegin Pavlovec-Meixner, liebe Andrea, du nicht einmal sozusagen auch dringlich voranschreitest in Richtung deiner Stadträtin, die ja für Umwelt und Gesundheit primär auch für dieses Ressort zuständig ist. Ich gehe jetzt ganz bewusst einmal auf den Maßnahmenkatalog ein, den du ja angesprochen hast, wir haben immerhin den 6. Maßnahmenkatalog einstimmig beschlossen im Jahre 2013, im November 2013, und von diesen 32 Maßnahmen, die dort angesprochen, die dort sehr im Detail auch durch das Umweltamt aufbereitet hier zur Diskussion gestanden sind, betreffen den Herrn Bürgermeister wirklich drei bis vier, jetzt fasse ich das etwas großräumiger, vier Maßnahmen. Alle anderen Maßnahmen sind ressortzuständig entweder im Bereich des Verkehrs, aber insbesondere auch natürlich im Bereich des Umweltamtes. Ich habe bewusst jetzt die Maßnahmen herausgenommen, wo du, Herr Bürgermeister, tatsächlich sozusagen jetzt in deiner Zuständigkeit für zum Beispiel die Stadtplanung, was unternehmen könntest, sage ich jetzt ein bisschen salopp. Nämlich das ist Stadtplanung, das ist der Punkt Dachbegrünung und möglicherweise auch im Bereich der Bebauungspläne, aber auch

der Baugenehmigungen, dass man sich ein bisschen die Luftströmungssituation anschaut, dass man also die Gebäudeausrichtung usw. eben entsprechend auch hier vorfindet beziehungsweise auch entsprechend berücksichtigt. Ein weiterer Punkt, der auch noch, zumindest annähernd, in diesen Bereich des Herrn Bürgermeisters fallen würde, das wäre die Fernwärmeanschlussverpflichtung, wobei das auch hineingeht in den Bereich der Bau- und Anlagenbehörde, das sind eigentlich die Maßnahmen, die der Herr Bürgermeister in seiner gefassten, in seiner engeren gefassten Ressortzuständigkeit sozusagen als Maßnahmen umzusetzen hätte und gerade bei diesen Maßnahmen wird alles unternommen, um eben zum Beispiel Fernwärmeanschlussverpflichtung usw. eben entsprechend eben auszuführen beziehungsweise auch aufzuerlegen. Ein Punkt, der auch noch angesprochen wurde oder den ich noch kurz ansprechen möchte, ist die Öffentlichkeitsarbeit. Da kann man natürlich auch seitens der Stadträtin im BIG, in den diversen Medien durchaus auch Information hinausgeben, aber alle anderen Maßnahmen, die in diesem Maßnahmenkatalog, wie gesagt, einstimmig im November 2013 beschlossen wurden, bitte diese Zuständigkeit doch im großen Ausmaß bei der Umweltstadträtin zu suchen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Liebe Antragstellerin! Von uns gibt es zur Dringlichkeit keine Zustimmung, weil ja sehr vieles schon auf Schiene ist. Im Land beispielsweise gibt es und gab es das Luftreinhaltungsprogramm vom Dr. Gerhard Kurzmann, das ja offenbar schon Früchte trägt, denn die Europäische Kommission hat ja das Vertragsverletzungsverfahren eingestellt. In der Stadt haben wir ja, wie jetzt schon erwähnt, erst vor zwei Jahren das 6. Maßnahmenpaket diskutiert und beschlossen. Vieler dieser Maßnahmen sind ja im Laufen, beispielsweise der Ausbau der Öffis, und wenn man sich die Wortmeldungen und den Antrag so anschaut, hat man das Gefühl, dass es wieder auf eines rausläuft, nämlich auf Fahrverbote, und da eben jetzt auch

der VW-Skandal dafür hier herangezogen wird und wir haben uns immer gegen Fahrverbote ausgesprochen und dabei bleibt es auch (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Danke, Alexandra, für deinen Abänderungsantrag, den wir selbstverständlich gerne unterstützen werden. Ich habe jetzt schon schmunzeln müssen bei diesen Wortmeldungen, auch bei deiner, lieber Georg Topf. Du hast das wundervoll umschifft, worum es eigentlich geht in meinem dringlichen Antrag. Nämlich um die Maßnahmen im Individualverkehr, wir haben da Probeabstimmungen gemacht vor zwei Jahren, wir sind auf keinen grünen Zweig gekommen. Es ist einfach so, dass das NO₂ ganz, ganz eindeutiger Weise den motorisierten Individualverkehr zuordenbar ist und wir haben, ich habe mir gedacht, da ich ja weiß, dass der Herr Bürgermeister ja ein Bürgermeister ist, der sich sehr um die Anliegen seiner Bürgerinnen und Bürger kümmert, dass es doch schön wäre, wenn der Herr Bürgermeister das Thema in die Hand nimmt, eine Stadtregierungssitzung einberuft und man da wirklich einmal über den Ausschuss hinaus versucht, zu einer Lösung zu kommen und wir werden Lösungen brauchen, weil die Kinder sind krank in Graz, auch aufgrund von NO₂-Belastung. Es gibt massive Auswirkungen auf Erkältungen, auf Schwächung der Lungenfunktion durch diese Abgase und es ist einfach auch ein Appell von mir an Sie, Herr Bürgermeister, dass Sie sich wirklich des Themas auch annehmen und das unterstützen mit einer Stadtregierungssitzung, die Sie einberufen, dass wir uns da wirklich zusammensetzen und das noch einmal durchgehen und eine Lösung finden für etwas, was uns im Ausschuss eben leider nicht gelungen ist. Und zur Wortmeldung von der Frau Kollegin Schleicher. Mag sein, dass das so ist, dass es beim Feinstaub letztlich dann von der EU diesen Schritt gegeben hat, aber bei den Stickstoffdioxiden, beim NO₂, steht das im Raum und es ist überhaupt nicht abzusehen, wie ein solches Vertragsverletzungsverfahren ausgehen könnte (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

StR.ⁱⁿ **Rücker** zum Antrag: Knapp aber doch können wir hier nun diesen Antrag weiterdiskutieren und ich nehme natürlich gerne den Ball vom Georg Topf auf, weil er genau weiß, auch aus unseren letzten Jahren, dass wir in vielen Punkten übereinstimmen und in einem Punkt eben nicht zusammengekommen sind. Und ich glaube, dass Andrea Pavlovec-Meixner sehr deutlich gemacht hat, was uns der „VW-Skandal“ und ich nehme den extra unter Anführungsstriche, weil er ja nur ein Symbol ist für etwas, was offensichtlich ein breiteres Problem ist, nämlich, dass man künstlich Messwerte herstellen muss, weil es eben evident ist, dass die uns lange angekündigte, technische Verbesserung der Fahrzeug in Bezug auf das, was sie ausstoßen, insbesondere in Bezug auf NOx, sich eben als nicht wahr herausgestellt haben. Wir haben jahrelang eine Diskussion in dieser Stadt über das Thema Autoverkehr als Verursacher für Feinstaub und in den letzten Jahren auch in Bezug auf NOx, wobei ja noch einmal gesagt wurde, dass dort ganz besonders der Autoverkehr das Thema ist. Und es wurde uns jahrelang von allen möglichen Seiten ganz deutlich immer wieder versichert, mit zunehmenden neuen Autoklassen, mit jüngeren Baujahren werden sich die Probleme verflüchtigen. Ich kann mich an viele Diskussionen erinnern und, Georg Topf, ich möchte dich an eine Tagung erinnern, die wir ungefähr im Jahre 2013 abgehalten haben und schon damals wurde uns von Seiten der TU, Grazer TU, eine Studie präsentiert, die nämlich auch wieder ausgesagt hat, das heißt, das Wissen ist schon länger da, als jetzt alle so überrascht tun, wo ausgesagt wurde, dass es zwar von den Herstellern angekündigt wird, dass es zu einer Reduktion der Ausstöße kommt, aber dass auch damals im Echtbetrieb gemessen wurden, dass die Dieselfahrzeuge gar keine Verbesserung, sondern eigentlich nach oben steigen, wenn es um die Abgase

geht und gerne kann ich dem Umweltausschuss, aber auch allen anderen, die interessiert sind, diese Studienergebnisse noch einmal zur Verfügung stellen. Die Aussage dieses Antrages ist, mit den technischen Möglichkeiten, die uns angekündigt wurden, ist das Thema nicht in den Griff zu bekommen und das Zweite ist, dass wir in einer Stadt mit wachsender Personenanzahl, mit wachsender individueller Automobilität leben und viele andere Städte in Europa inzwischen längst in eine andere Richtung gehen. Ich erinnere nur daran, ob man jetzt Helsinki oder Bozen hernimmt, dort sind wir inzwischen bei 22 % der Auto-Wege, der täglichen, die dort zurückgelegt werden, in Graz sind wir bei 47 %, das sind 50 % der Wege, die immer noch im Binnenverkehr mit dem Auto und in Österreich überwiegend mit Dieselfahrzeugen zurückgelegt werden. Und genau auf diesen Punkt geht es hinaus und da wird es auch eine Chefsache sein und nicht nur die Umweltstadträtin, die wird immer wieder bei solchen Anträgen leider alleine bleiben beziehungsweise in der Minderheit bleiben, dass es hier endlich zu Anstrengungen kommt, damit die Gesundheit der Menschen in dieser Stadt, die besonders belastet sind, das sind die Kinder, das sind die gesundheitlich schwächer Aufgestellten, die Älteren und ganz besonders jene Menschen, die in den Stadtgebieten wohnen, wo der höchste Verkehr ist und das sind die Menschen, die sozial und aus sozialen Gründen sich eine bessere Wohnlage, wo ein bisschen mehr Grün ist und ein bisschen weniger Verkehr, eben nicht leisten können. Das heißt, es ist auch eine soziale Verantwortung, in dieser Stadt endlich ernsthaft darüber zu reden, was wir tun müssen, damit der Autoverkehr in eine andere Richtung gelenkt wird und dass dieses stetige Wachstum, das wir alleine durch den Zuwachs der Bevölkerung hier haben, nicht einfach nur hingenommen wird. Da hinaus läuft dieser Antrag, diese Diskussion wünschen wir uns in dieser Stadt wieder verstärkt, VW ist ein Anlass, aber nicht der Grund, der Grund ist schon viel älter und ist auch jahrelang uns dokumentiert worden. Ich glaube, dass auch eine Autofahrerlobby im Bereich der Autofahrklubs ihren Mitgliedern gegenüber die Verantwortung hat, hier endlich auch zu sehen, was für eine Dringlichkeit da drinnen liegt und in dem Sinn wünsche ich mir, dass dieser Antrag angenommen wird und damit wir uns der Debatte stellen. Welche

Lösungen dann rauskommen, darüber müssen wir natürlich weiter reden, da wird es noch einiges geben, was auch in Österreich insgesamt notwendig ist, es sind einige aufgezählt, die Besteuerung des Diesels wäre so etwas, wo man wirklich nachziehen könnte mit den meisten europäischen Staaten und uns damit womöglich ein bisschen Geld verdienen, was wir dann für den öffentlichen Verkehr einsetzen, deswegen auch danke für den Zusatzantrag von Seiten der SPÖ (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt 17.45 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Wir kommen, sofern keine weiteren Wortmeldungen vorliegen zur Abstimmung. Es gibt keine Wortmeldungen, wünschst du noch einmal das Schlusswort? Nein. Gut dann stimmen wir punktuell ab, wir haben einen Antrag vorliegen auf punktuelle Abstimmung. Beim dritten Punkt stimmen wir zuerst den Abänderungsantrag der SPÖ ab.

Der Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Punkt 2 des Antrags wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ und Grüne) abgelehnt.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) abgelehnt.

Der Punkt 4 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

11) Gratis gegen Feinstaub

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörer und Zuhörerinnen, hoher Gemeinderat! Ein ähnliches Thema, ein ähnlicher Bereich, deswegen werde ich Punkte, die bereits gesagt worden sind, auch nicht mehr wiederholen. Ich möchte vielleicht nur noch eines ergänzen zum Thema Überschreitungstage. Man spricht ja auch gerne wirklich nur über das klassische Jahr, das am Anfang Jänner anfängt und im Dezember aufhört und wir haben aber heute schon über dieses Halbjahr, über das Winterhalbjahr, gesprochen, das uns jetzt sozusagen droht und da sind zum Beispiel Oktober 2014 bis 2015 im Bereich Feinstaub 53 Überschreitungstage gewesen, das heißt, um weit mehr, als wir im Jahresdurchschnitt sozusagen haben und da teilweise eben bis zum Dreifachen des Grenzwertes. Und wie wir vorher eben auch schon gesprochen haben, ist es eben auch unsere Meinung einfach an der Zeit, dass wir hier Maßnahmen setzen, den einen oder anderen werden einige Maßnahmen vielleicht noch erinnern, eben, weil wir haben schon vorher auch gesagt, wir haben im Februar bereits über die Thematik auch relativ intensiv gesprochen und daher möchte ich ganz kurz den recht

umfangreichen Antrag zusammenfassen und die einzelnen Antragspunkte kurz ansprechen.

Der Gemeinderat wolle eben beschließen:

Die zuständigen Abteilungen mit den Unternehmen des Hauses Graz folgende Punkte zu überprüfen und dem Gemeinderat Bericht zu erstatten. Es soll eben geprüft werden, inwieweit Sensibilisierungsmaßnahmen getätigt werden können, das heißt zum Beispiel eine Informationskampagne, wo zum Beispiel an feinstaubstarken und NOx-starken Tagen in Straßenbahnen, auf öffentlichen Plätzen über Radio, über Facebook, über soziale Medien einfach auch erklärt wird, die Situation berichtet wird und klargemacht wird, warum man umsteigen soll, warum man vielleicht auf eine Straßenbahn umsteigen soll, warum man auf ein Fahrrad umsteigen soll, was das für die Gesundheit bedeutet. Ein weiterer Punkt wäre zu diesen Zeiten, wenn wir dann erhöhte Feinstaubwerte haben, einfach zu prüfen, ob wir nicht die Fahrräder, die wir im Graz-Verleih haben, die Elektrofahrräder und Elektromotorräder, auch gratis zur Verfügung stellen, vielleicht auch günstiger zur Verfügung stellen können, was hier für Möglichkeiten sind. Gleiches gilt in diesen Zeiten auch eine Vergünstigung für E-Car-Sharing zu schaffen, wir haben selber im Haus Graz bei der E-Mobility diverse Elektrofahrzeuge stehen, vielleicht auch ein Anreiz, dann an Feinstaubtagen das einmal auszuprobieren, eben kostengünstiger oder vielleicht auch Gratis-Lösungen mit der Stadt Graz, mit der E-Mobility, mit weiteren Unternehmen, die sich mit E-Car-Sharing beschäftigen und ein weiterer Punkt, man könnte ein Pilotprojekt Gratis-Öffis an Feinstaubtagen machen, der eine oder andere, der schon länger im Gemeinderat ist, wird sich erinnern können, 2006 hat es ja bereits Maßnahmen gegeben, wo Gratis-Tickets verkauft worden sind, was sehr gut angenommen wurde. Dementsprechend würden wir eben vorschlagen, einen Pilot zu machen zu dem Thema, wir haben im Februar seitens der ÖVP auch die Kritik bekommen, dass teilweise die Vorschläge, die wir gebracht haben, viel zu umfangreich, viel zu kostenintensiv und

viel zu komplex sind und deswegen habe ich gesagt, ja machen wir einen Piloten, schauen wir uns das live an, probieren wir das für ein paar Tage, dann werden wir live sehen, ist es wirklich so ein Chaos, wie gut wird es angenommen, wie viele Menschen steigen um, merken wir es im öffentlichen Straßenverkehr? Es ist recht einfach umsetzbar, recht kostengünstig umsetzbar, das kann man recht schnell einmal ausprobieren. Natürlich auch die Maßnahmen, die im sechsten Maßnahmen- und Feinstaubmaßnahmenpaket drinnen sind, in eine politische Diskussion bringen und weiterzuführen und zusätzlich eben, das habe ich vorher schon gesagt, dass die zuständigen Stadträte ersucht werden, an die Landesregierung noch einmal heranzutreten und eben zusätzliche Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten auszuloten, wie eben zum Beispiel 2006 schon passiert, wo damals dann Gratiskarten verteilt worden sind. Herzlichen Dank.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.